Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 3. Mittwoch, den 5. Januar 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt".

Verbrechen und Strafe.

Nach der preußischen Kriminalstatistik sind im Jahre 1895 von den 21 000 Zuchthausgefangenen 9000 mit 22 500 Disziplinarstrafen, darunter 62 mal mit körperlichen Züchtigungen, belegt worden. Im Jahre 1902 betrugen die Disziplinarstrafen in den preußischen Zuchthäusern bei 21 300 Insassen „nur" noch 8100 Strafen mit 16 700 Straffällen, darunter 6 körperliche Züchtigungen, und im Jahre 1907 sank, bei 17 600 Insassen, die Zahl der in preußischen Zuchthäusern disziplinarisch Bestraften auf 3600 mit 6000 Straffällen, darunter 6 körperlichen Züchtigungen. In den preußischen Gefängnissen ist während dieser Zeit, von 1895 bis 1907, die Zahl der Straffälle von 17 000 auf 3600 gesunken.

In den preußischen Zuchthäusern wird also nur noch der dritte Teil, in den Gefängnissen nur der fünfte Teil der Disziplinarstrafen verhängt wie vor 10 Jahren. Die „Monatschrift für Kriminalpsychologie (Oktober 1909) führt diese Erscheinung auf das größere Verständnis für psychopathologische Zustände, besonders für solche geistiger Minderwertigkeit zurück. Dies zeigt sich ja auch in der weiteren Tatsache, daß die Zahl der Geisteskranken im Jahre 1907 in den preußischen Zuchthäusern 318 betrug gegen 225 im Jahre 1902 und in den Gefängnissen 220 gegen 133. Die Leiter und Ärzte der Zuchthäuser und Gefängnisse, die ständig die Gefangenen zu beobachten Gelegenheit haben, kommen also immer mehr zu der Überzeugung, daß den Handlungen der Verbrecher vielfach ein krankhafter Zustand des Körpers und Geistes zugrunde liegt, was die wissenschaftlichen Forschungen auch längst bestätigt haben.

Aber während so die Erfahrungen der Praxis und die Resultate der wissenschaftlichen Untersuchungen zu einer Humanisierung des Strafrechts drängen, verlangen die Verfasser des Vorentwurfs zu einem deutschen Strafgesetzbuch geradezu drakonische Verschärfungen, die eine Rückkehr zur Barbarei bedeuten würden!

Nach § 18 des vorgeschlagenen Entwurfs soll das Gericht im Urteil Schärfungen der Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe anordnen können, wenn die Tat von besonderer Roheit, Bosheit oder Verworfenheit zeugt oder nach den Vorstrafen des Täters anzunehmen ist, daß der gewöhnliche Strafvollzug auf ihn nicht die erforderliche Wirkung ausüben werde. Die Schärfungen sollen darin bestehen, daß der Verurteilte geminderte Kost oder eine harte Lagerstätte oder beides zugleich erhält, also bei Wasser und Brot den Tag und auf einer Pritsche die Nacht verbringen muß! An jedem dritten Tage sollen die Schärfungen in Wegfall kommen, ihre Dauer soll im Zusammenhang vier Wochen nicht übersteigen dürfen. Aber dreimal im Jahre dürfen diese Schärfungen angewendet werden, also volle 12 Wochen im Jahre. Schwangere und nährende Frauen sollen allergütigst von diesen Hungerstrafen verschont bleiben. Auch sozialdemokratische Redakteure, die öfter vorbestraft sind, was ja erklärlicherweise keine Seltenheit ist, könnten von diesen „Schärfungen" betroffen werden. Aber im allgemeinen richten sie sich gegen die Verbrecher, über deren „Roheit, Bosheit oder Verworfenheit" und deren Rückfälligkeit der ungebildete Laie sich entsetzt, während die Forscher, die Ärzte und Anstaltsdirektoren bereits erkannt haben, daß diese Roheit, Bosheit, Verworfenheit und ständige Rückfälligkeit einem geistig nicht normalen Zustand entspringen, an dem drakonische Strafen nichts zu ändern vermögen, höchstens insofern, daß sie ihn verschlimmern. Die Kriminalstatistik ist selbst der beste Beweis dafür und gibt außerdem nicht die geringste Veranlassung zu einer Verschärfung der Strafen. Denn die Verbrechen nehmen nicht zu, sondern ständig und ganz wesentlich ab, wie folgende Statistik für Preußen zeigt. Es wurden verurteilt:

	Zu Zuchthaus	d. h. von 100 000 Strafmündigen	Zu Gefängnis	d. h. von 100 000 Strafmündigen
1882	13 417	42,3	221 599	717,5
1887	11 495	34,9	227 010	688,9
1892	12 853	33,7	262 330	746,8
1897	9 767	26,8	257 759	692,8
1900	9 713	24,8	253 533	646,4
1905	8 286	19,6	251 319	594,0

Die in der letzten „Statistik des Deutschen Reiches" veröffentlichten Zahlen geben zwar eine Zunahme der wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze verurteilten Personen von 315 894 im Jahre 1882 auf 524 113 im Jahre 1906, was unter Berücksichtigung der Ziffer der strafmündigen Zivilbevölkerung eine Vermehrung von 29,4 Prozent bedeutet. Aber dabei ist in Betracht zu ziehen, daß in dem betreffenden Zeitraum eine ganze Menge neuer Gesetze mit Strafbestimmungen erlassen worden sind und es sich bei dieser Zunahme der Bestrafungen meist um kleine Geld- und Haftstrafen handelt. Allein wegen Vergehens gegen das Kinderschutzgesetz wurden 3296 Personen verurteilt. Die Zahl der zu Zuchthaus Verurteilten aber ist seit 1882 um 55,6 Prozent zurückgegangen, die Zahl der zu Gefängnis Verurteilten um 16 Prozent.

Die Steigerung der Kriminalität beschränkt sich hauptsächlich auf eine Zunahme des „gewerbs- und gewohnheitsmäßigen" Verbrechertums. Unter den Verurteilungen hat innerhalb der letzten 25 Jahre die Zunahme der Vorbestraften 184,6 Prozent betragen. Keine noch so harte Strafe hat aber bisher die „gewohnheitsmäßigen" Verbrecher zu „bessern" oder abzuschrecken vermocht. Und so sehr die menschliche Gesellschaft das Recht und die Pflicht hat, sich vor Verbrechen zu schützen, so ist es doch inhuman, roh, barbarisch, einen Menschen, dessen geistige Minderwertigkeit oder Anormalität ihn in Verbindung mit den sozialen Zuständen zum Verbrecher werden läßt, körperlich zu quälen und zu mißhandeln, was die „Schärfungen" in letzter Linie ja bedeuten.

Durch die geistige und ethische Erziehung des Volkes, woran die sozialdemokratische Arbeiterbewegung den größten Anteil hat, ist die Kriminalität bisher wesentlich zurückgedrängt worden, obwohl die sozialen Verhältnisse immer mehr Anreiz zum Verbrechen bieten und der „Kampf ums Dasein" immer schärfere Formen annimmt. Die „Strafen" haben daran gar nichts geändert! Die Rechtsverletzungen entstehen aus den sozialen Zuständen heraus und die „unverbesserlichen" und gerade die rohesten und bösartigsten Verbrecher sind geistig kranke Menschen, woran heute nicht mehr zu zweifeln ist, gegen die sich die Gesellschaft sichern muß, wie gegen einen gemeingefährlichen Geisteskranken.

Aus dieser Erkenntnis heraus hat man in Amerika bereits Gefangenenanstalten errichtet, die nichts mehr mit unsern Gefängnissen und Zuchthäusern gemein haben. Im „Reformatorium" in Elwira im Staate Neuyork — ein Staatsgefängnis — wird der Gefangene als ein Kranker behandelt, der geheilt werden müsse. Ist der Neuangekommene nicht kräftig, so wird er zunächst in eine Turnschule geschickt, die die allerbesten Turn-, Bewegungs- und Übungsapparate hat, nimmt Schwimmstunde und wird massiert. Man macht aus dem Betreffenden erst einen widerstandsfähigen Menschen, weil nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnen könne. Kann der Neuling nach Meinung des Arztes arbeiten, so kann er ein Handwerk treiben oder erlernen. Und führt er sich gut, so darf er sich von seinem Verdienst beköstigen und speist an gedeckten Tischen im Restaurant der Anstalt. Bis 80 Prozent werden als brauchbar entlassen und finden dann leicht Beschäftigung. Und so ist es auch im Staatsgefängnis von Michigan in Jackson, wo die Gefangenen die größten Freiheiten genießen, Gesang-, Schach- und Ballspielvereine gründen, eine gute Bibliothek und einen schönen Lesesaal zur Verfügung haben und Konzerte veranstalten, an denen Herren und Damen von Jackson teilnehmen, usw. Das Essen ist sehr gut, sogar Austern gibt es im Gefängnis.

Das sind Gefängnisse, wie sie der Humanität und der modernen Wissenschaft entsprechen und die viel mehr dem Verbrechen entgegenwirken, als unsere Zuchthäuser. Den Einwand, daß durch solche Einrichtungen der Verbrecher geradezu angelockt oder jedenfalls nicht abgeschreckt werde, das Gesetz zu verletzen, hat der Dresdner Staatsanwalt Dr. Wulffen sehr treffend in seinem Werke über die Psychologie des Verbrechers zurückgewiesen: „Der angeborene Freiheitstrieb des Menschen ist so mächtig, daß keine Lockung . . . ihn in das Zuchthaus oder Gefängnis zurücktreibt." Die Aufwendungen aber, welche die Gesellschaft für solche Einrichtungen mache, trügen gute Zinsen.

In Deutschland aber soll der entgegengesetzte Weg eingeschlagen werden, und unter der Weiterentwicklung des „historisch Gewordenen" versteht man nicht eine Entwicklung nach vorwärts, zur Humanität, sondern nach rückwärts, zur Barbarei. Der ganze Vorentwurf zu einem neuen Strafrecht trägt diesen Charakter, obwohl alle Erfahrungen dazu drängen, mit der Humanisierung des Strafrechts endlich Ernst zu machen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Das Programm der Demokratischen Vereinigung.

Das von Herrn Dr. Rudolf Breitscheid herausgegebene Wochenblatt „Das freie Volk" veröffentlicht das von den Herren Aufhäuser, Gaedtke, von Gerlach, Lüdemann und Frau Minna Cauer ausgearbeitete Programm der Demokratischen Vereinigung, das dem nächsten Delegiertentag, der im Frühling in Köln stattfindet, vorgelegt werden soll. Wie das Blatt in der Einleitung bemerkt, hat die Kommission es für besser gehalten, nicht ein detailliertes Programm aufzustellen, sondern gewissermaßen al fresco zu malen und nur die wesentlichsten Grundforderungen herauszuarbeiten. Demnach ist das Programm auch ziemlich summarisch gehalten. Es fordert politisches Selbstbestimmungsrecht des Volkes, allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle Vertretungskörper, Wegfall aller Sondervorteile nach Art der Liebesgaben, Freihandel, Gewerbefreiheit, Ausbau der Sozialpolitik, Koalitionsfreiheit, progressive direkte Reichssteuern, Volksheer, Trennung von Kirche und Staat.

Die beiden wichtigsten Paragraphen lauten:

§ 2. Voraussetzung der Demokratie ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Vertretungskörper. Gleiches Wahlrecht erheischt die Einteilung aller Wahlkreise lediglich nach der Bevölkerungsziffer. Die Rechte der Minderheiten sind durch die Verhältniswahl zu sichern. Alle Staatsbürgerrechte gebühren allen erwachsenen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in vollem Umfange. Ausnahmemaßregeln der Verwaltung sind ebenso zu verwerfen wie Ausnahmegesetze.

§ 6. Die Demokratische Vereinigung fordert eine Fortentwickelung unserer Wirtschaftsordnung mit dem Ziel, der Arbeit in jeder Gestalt einen immer höheren Anteil an dem Produktionsertrage zu sichern. Die kapitalistische Wirtschaftsweise bedarf notwendig der Ergänzung durch die Sozialpolitik. Voraussetzung jeder gesunden Sozialpolitik sind Koalitionsfreiheit und Anerkennung der Berufsvereine. Durch die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes sowie konstitutionelles Fabriksystem ist das Recht der Persönlichkeit im Wirtschaftsbetriebe sicher zu stellen. Gesetzlicher Höchstarbeitstag, weitgehender Arbeiterschutz und eine zweckmäßige, auf Selbstverwaltung beruhende Versicherungsgesetzgebung sind ebenso im Interesse der Arbeiter wie der Produktion zu fordern. Die Sozialpolitik muß danach streben, jedem Staatsangehörigen ein Existenzminimum zu sichern.

Das ist das Programm der entschiedenen bürgerlichen Demokratie. Aber Programme sind oft nur leere Prunkstücke. Es kommt darauf an, wie die Demokratische Vereinigung ihr eigenes Programm auffaßt und welche Macht sie zu dessen Durchführung zu sammeln vermag.

Der allmächtige Landrat.

Von den Machtbefugnissen eines preußischen Landrats erhält man einen Begriff, wenn man einen Blick auf Vorkommnisse im Kreistag des pommerschen Kreises Krimmen wirft. Das dortige Kreisblatt berichtet über den Schluß des Kreistages zunächst, wie die „Liberale Korrespondenz" feststellt, mit den Worten: „Der Etat wird trotz staatlicher Überschreitungen genehmigt." Wie hoch diese Überschreitungen sind, oder auch nur wie hoch der Etat selbst ist, davon sagt das Organ des Herrn Landrats nichts, dagegen schreibt es:

„Nachdem die Tagesordnung erledigt, teilte der Vorsitzende mit, daß die beantragten Provinzialbeihilfen für die Chausseen von Sievertshagen nach Schönewalde und von Vorland nach Rekentin nicht bewilligt seien.

Mit dem Vorschlage, trotzdem sofort mit dem Bau der beiden Chausseen zu beginnen und über die Aufbringung der noch fehlenden Baukosten später zu beschließen, erklärte die Versammlung sich einverstanden. Nach beendeter Sitzung fand im Hotel „Deutsches Haus" ein gemeinsames Mittagessen statt."

Dieses Verfahren ist von einer beneidenswerten Kürze und es wird noch etwas pikant dadurch, daß eine der Straßen, die nun „doch gebaut" werden, auf dem Gute Schönewalde endet, dessen Besitzer Kreisdeputierter ist. Wenn der Landrat will, geht alles.

Protest gegen Dernburg.

Die Diamantenfunde in Südwestafrika haben die Begehrlichkeit weiter Kreise geweckt. Die Kolonialgesellschaft sitzt an der Quelle, ihr war es ein leichtes, sich schleunigst eine Reihe Sonderrechte verleihen zu lassen; die Ansiedler fühlen sich dadurch in ihren Profitabsichten zurückgesetzt und häufen nun Protest auf Protest. In einer von mehr als 500 Personen besuchten Bürgerversammlung in Lüderitzbucht, die am 1. Dezember tagte, verurteilte es der Referent, ein Hauptmann der Landwehr, namens Weiß, daß auch die Pioniere, die die Diamantfelder aufgedeckt haben, zu kurz gekommen sind. Die Ansiedler verlangen in einer an den Reichstag abgeschickten Resolution die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Prüfung der Gründungen der Dernburgschen Diamantgesellschaft und der Vorverhandlungen, welche zu Vertragsabschlüssen geführt haben, und namentlich, daß der Vertrag mit der deutschen Diamantgesellschaft über den 31. März 1911 hinaus nur unter günstigen Bedingungen für den Landesfiskus verlängert werden darf, nachdem die zur

ständigen Dienststellen im Schutzgebiet und der Landesrat befragt worden sind und die Bedingungen annehmbar gefunden haben.

Die große Säge.

Unmittelbar nach dem Neujahrsempfang der kommandierenden Generäle beim Kaiser hatte der Kommandierende des 15. Armeekorps, General der Infanterie, Ritter Heutschel von Gilgenheim sein bereits jüngst angekündigtes Abschiedsgesuch eingereicht. Auch der Gouverneur von Straßburg, General von Moßner tritt in den Ruhestand. Kosten für die Steuerzahler rund 20 000 Mk. pro Jahr.

Noch eine „Affäre" für das Auswärtige Amt.

Herr v. Schoen hat diesmal bei Beratung seines Etats im Reichstag Arbeit in Hülle und Fülle. Zu den Angelegenheiten Mannesmann-Haß, das Schicksal deutscher Auswanderer in Brasilien, kommt auch noch der Fall des Dr. Zintgraff, der einige Zeit in diplomatischer Aktion am Hofe des Kaisers von Abessinien war. Er behauptet, von der Kaiserin verdrängt worden zu sein, deren Vertraute den Kaiser mit Gift „behandelten". Als er abberufen und nach Kairo versetzt wurde, verzögerte er seine Abreise mit der Behauptung, daß er unterwegs umgebracht werden solle. Schließlich kam er aber doch mit heller Haut in Kairo an und ist jetzt auf dem Wege nach Berlin, um sein Material dem Auswärtigen Amt zu unterbreiten.

Schlesische Mandatsräuber.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Haynau wurden 6 Sozialdemokraten mit geringer Stimmenmehrheit gewählt. Gegen die Wahl wurde Protest eingelegt, weil Nicht-Preußen gewählt haben und die Wahlzeit zu kurz bemessen gewesen ist. Gegen die Richtigkeit der Listen wurde seinerzeit kein Einspruch erhoben. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der Protest von der liberal gesinnten Stadtvertretersitzung für begründet erklärt, obwohl der Bürgermeister und ein Stadtrat vergeblich darauf hinwiesen, daß das Oberverwaltungsgericht schon wiederholt entschieden hatte, daß die einmal abgeschlossene Wählerliste eine unanfechtbare Grundlage für die Wahl sei und ohne Rücksicht auf etwaige Unrichtigkeiten deren Rechtsgrundlage bilde. Umsonst war der Hinweis des Bürgermeisters, daß gerade die Stadtvertreter, die jetzt die Kürze der Wahlzeit zum Protest erheben, vor der Wahl eine um 2 Stunden kürzere Wahlzeit haben wollten. Weiter sagt der Bürgermeister, daß ein solcher Beschluß rechtswidrig sei. Diese Rechtsbelehrung fand bei den rotscheuen Stadtvertretern kein Verständnis; die Wahl wurde für ungültig erklärt. Wie verlautet, will der Haynauer Magistrat wegen dieser flagranten Rechtsverletzung der liberalen Stadtverordnetenversammlung im Verwaltungsstreitverfahren klagen.

Zur preußischen Wahlrechts„reform".

Die „Berliner Pol. Nachr." veröffentlichen einen längeren Artikel über die preußische Wahlstatistik und erklären, es sei eine Täuschung, wenn man annehme, daß in der geheimen Stimmabgabe „ein sicheres Schutzmittel gegen sozialdemokratischen Terrorismus" liege, und es sei klar, daß, wenn diese Tatsache zugegeben werde, die Schlußfolgerungen zugunsten der geheimen Stimmabgabe hinfällig würden. — Danach dürfte die preußische Wahlreform nicht einmal die geheime Stimmabgabe bringen.

Alldeutsche Hetzjagd.

„Ihr habt mich weidlich schwitzen machen!" wird bald Herr v. Schön sagen können, wenn er, was wohl nur noch eine Frage der Zeit ist, die Pforten des Auswärtigen Amts hinter sich geschlossen haben wird. Die Meute sitzt ihm fest auf den Hacken, und ihm bleibt nur die bange Wahl, von den Mannesmann-Rüden zerfleischt oder von den Bracken der Asiatischen Korrespondenz zerrissen zu werden. Nun hat er seinen Gegnern auch noch mit einer unglücklichen Visitenkarte Stoff zu neuer Hetze gegeben. Auf dieser Visitenkarte steht nämlich nicht: Freiherr v. Schön, sondern: Le Baron de Schoen, und man kann sich denken, wie trefflich diese Visitenkarte jetzt Dienste leisten muß, um den Krähwinkler Landsturm der Weltpolitik, das Philistertum, auf die Beine zu bringen. Diese träge Masse interessiert sich für die Politik bekanntlich herzlich wenig und für die Auslandspolitik schon gar nicht. Aber wenn sie Hurra schreien, oder sich national entrüsten darf, ist sie alleweil dabei. Und welch schönere Gelegenheit gibt es, sich national zu entrüsten, als die Visitenkarte: Le Baron de Schoen? Man denke, was das heißt: ein deutscher Reichsbeamter mit dem urdeutschen Namen Schön läßt sich eine französische Visitenkarte drucken! Ist das nicht Hochverrat an den Interessen des deutschen Volkes? Haben wir deshalb 1870/71 den Erbfeind geschlagen, damit sich 49 Jahre später der deutsche Staatssekretär: Le Baron de Schoen nennt? Vergebens stottert der arme Kerl zu seiner Entschuldigung, daß er als Staatssekretär des Auswärtigen für die ausländischen Diplomaten französische Visitenkarten haben müsse, da Französisch nun einmal die Sprache der internationalen Politik sei. Hilft alles nichts: Le Baron de Schoen ist ein nationaler Verräter, der keine Stunde mehr im Amte weilen darf.

Und nun kommt noch der „Rückzug" der deutschen Regierung vor England in der Frage der Bagdadbahn. Wenigstens reden die Heißsporne der Asiatischen Korrespondenz von einem solchen Rückzuge. Daß die Träume gewisser weltpolitischer Phantasten im Becken des Euphrat und Tigris aus den Jahren 1902 und 1903 zerronnen sind, ist wohl ziemlich sicher. Die Dinge lagen damals so, daß einerseits England durch den Burenkrieg sehr geschwächt und tief discreditiert war, anderseits Deutschland, das sich als Beschützer der Türkei gegen Europa, hauptsächlich England gegenüber aufspielte, die besondere Gunst des korrupten Konstantinopeler Regimes genoß. Die deutsche Finanz und die hinter ihr stehende deutsche Diplomatie glaubten offenbar, daß sie auch ohne Zugeständnisse an ihren Rivalen das Projekt der Bagdadbahn durchzusetzen und somit die ganze ungeheure Beute sich anzueignen imstande sein würden. Das war derselbe Größenwahn, der bereits 1900 das Flottengesetz diktiert hatte und in dessen Ansicht die Herrscher Deutschlands sich schon als Erben Englands auf dem weltpolitischen wie auf dem wirtschaftlichen Gebiete sahen. Die Tatsachen aber haben bald etwas anderes bewiesen. England erholte sich binnen ein paar Jahren von den Wirkungen des Burenkrieges, das deutsche Bagdadbahnprojekt führte zu einer Annäherung zwischen Frankreich, England und Rußland, der Versuch, das Einvernehmen zwischen den zwei westlichen Mächten in Algeciras durchzubrechen, scheiterte, und endlich kam die türkische Revolution, die die bevorzugte Stellung Deutschlands in Konstantinopel umwarf und den englischen Einflüssen erneuten Spielraum öffnete. Unter solchen Umständen sollte eigentlich den Finanzpatrioten des Deutschen Reichs eingeleuchtet haben, daß England bei weitem noch nicht ausgespielt hat und daß folglich der Traum von der Durchsetzung der Bagdadbahn ohne die Zustimmung der anderen interessierten Mächte ihren Urhebern noch teuer zu stehen kommen könnte. Wenn nun jetzt die deutsche Regierung, der Not gehorchend, der Verteilung des Bahnbaues unter die Mächte zugestimmt hat, so mögen alldeutsche Narren sie darob tadeln. Für die Öffentlichkeit bietet die jetzige alldeutsche Hetzjagd nur eine besonders gute Gelegenheit, die alldeutsche Politik in ihrer nationalen wie internationalen Gemeinschädlichkeit zu erkennen. Für diese bewußten oder unbewußten Preisfechter des deutschen Unternehmerprofits hat die deutsche Nation keine andre Aufgabe, als ihre Knochen, ihr Gut und ihr Blut für den bedrohten Mehrwert einer Handvoll Unternehmer zu Markte zu tragen, und die bekannten Worte aus der Jungfrau von Orleans verwandeln sich in ihrem Munde also:

Nichtswürdig ist die Nation, die nicht
Mit Freuden alles setzt an — unsern Mehrwert.

Ein neues nationalliberales Blatt?

Die „Hamburger Nachrichten" hatten die Meldung verbreitet, daß die alldeutsch-antisemitische „Tägliche Rundschau" an die nationalliberale Partei verkauft worden sei. Dies hat letzteres Blatt entschieden bestritten. Der Berliner Vertreter der „Münchener Neuesten Nachrichten" hat aber nun seinem Blatt telegraphiert:

„Wir haben uns über die Richtigkeit dieser Meldung beim hiesigen Zentralbureau der nationalliberalen Partei erkundigt und die Antwort erhalten, daß allerdings Verhandlungen wegen Ankaufs der „Täglichen Rundschau" schweben, aber noch nicht zum Abschluß gebracht seien."

Das Organ der Nationalliberalen war bisher die „Nationalzeitung", die vor längerer Zeit mit der freikonservativen „Post" verschmolzen wurde. Das geschah in der Weise, daß die „Nationalzeitung" drei Seiten aus dem Text der „Post" bekam und nur noch auf der ersten Seite nationalliberal sein durfte. Damit hatte das Blatt seine, an sich schon recht minimal gewesene politische Bedeutung eingebüßt. Kommt der Ankauf der „Täglichen Rundschau" zustande, dann dürften die Tage der „Nationalzeitung" gezählt sein. Daß die jetzige alldeutsch-antisemitische Redaktion der „Täglichen Rundschau" dann nationalliberal schreiben soll, ist wohl mehr als ein Scherz aufzufassen, wenn es den „teutschen" Federhelden auch zuzutrauen wäre, daß sie selbst das fertig brächten.

Bald so, bald so!

„Der Ruf nach Staatshilfe erscheint weder würdig noch aussichtsvoll", so erklärten Mitte November zahlreiche konservative Agrarier aus der Neumark, darunter verschiedene Reichstags- und Landtagsabgeordnete, in einem riesengroßen Inserat im Küstriner „Bürgerfreund". Diesen guten Rat richteten die Herren aber wohlweislich nur an die städtische Bevölkerung, an die Gewerbetreibenden und Handwerker. Bei der Landwirtschaft liegt die Sache ganz anders. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen stellt zurzeit Erwägungen darüber an, ob es sich empfiehlt, in größeren Gemeinden gemeinschaftlich zu benutzende Viehwagen aufzustellen und zur Beschaffung derselben die Gewährung einer Staatsbeihilfe zu beantragen. Darüber zur gutachtlichen Äußerung aufgefordert, hat der Vorstand der Königsberger landwirtschaftlichen Zentralvereins nach Anhören der Zweigvereine einen Bericht erstattet, in dem es unter anderem heißt:

„Wenn hiernach auch nicht überall in unserem Vereinsbezirk ein Bedürfnis nach gemeinsamer Anschaffung von Viehwagen vorliegt, so glauben wir doch die Beantragung einer Staatsbeihilfe für den gedachten Zweck befürworten zu müssen, zumal bereits verschiedene Gemeinden die Aufstellung von Viehwagen bei uns beantragt haben."

Also Staatsbeihilfe auf jeden Fall, selbst wenn kein Bedürfnis vorliegt! Zur städtischen Bevölkerung jedoch sprachen die neumärkischen Herren Reichstagsabgeordneter v. Saldern, Landtagsabgeordneter v. Neumann und v. d. Osten und andere in der oben erwähnten Erklärung: „Es kann unseres Erachtens nur durch Selbsthilfe Wandel geschaffen werden." — Ja, Bauer, das ist natürlich etwas ganz anderes!

Spanien.

Neue Unruhen in Katalonien. Allem Anschein nach lodert die revolutionäre Bewegung in Katalonien und besonders in Barcelona von neuem auf. Das Volk ist empört, weil die im Juli vorigen Jahres aus Anlaß der damaligen Unruhen Verhafteten immer noch im Gefängnis schmachten. Vorsichtig meldet der offiziöse Telegraph aus Madrid vom 3. Januar:

Infolge eines Meetings in Barcelona, das zugunsten der während der Unruhen im Juli v. J. Verhafteten abgehalten wurde, waren Gerüchte im Umlaufe, daß der allgemeine Ausstand heute proklamiert werden würde. Vom Gouverneur von Barcelona lagen dagegen heute Depeschen vor, daß in ganz Katalonien Ruhe herrsche.

Es ist bezeichnend, daß diese Meldung aus Madrid und nicht aus Barcelona selbst kommt. Dort scheint wieder Depeschenzensur zu herrschen. Ein Privat-Telegramm der „Frankf. Ztg." meldet weiter:

Die Terroristen in Saragossa blieben trotz der Bemühungen der Polizei unentdeckt. In Barcelona sind infolge der Juliwirren noch weitere Verhaftungen vorgenommen, so daß sich jetzt 119 Personen in Haft befinden. 42 Untersuchungen sind beendet. Man erwartet die Urteile bis zum 1. Februar.

Wie auf Grund weiterer privater Meldungen feststeht, hat General Weyler, der Generalkapitän von Katalonien, sich schleunigst von Madrid nach Barcelona begeben, weil die Lage dort gefährlich ist. Die Truppen werden in Bereitschaft gehalten. Am Neujahrstage kam es in Bilbao und mehreren benachbarten Orten zu Kundgebungen gegen die Reaktionäre und zu Zusammenstößen mit der bewaffneten Macht.

Asien.

Die Chinesen und die „Pachtungen". Offenbar sind die Zeiten vorbei, wo die Chinesen sich ruhig gefallen ließen, daß von den wichtigen Küstenpunkten ihres Landes fremde Mächte unter der Form einer „Pachtung" Besitz ergriffen. Daß die Chinesen durch die Vorgänge der letzten Jahre selbstbewußter geworden sind, müssen zunächst die Portugiesen erfahren, die sich seit Jahrhunderten auf Macao festgesetzt haben und in letzter Zeit versucht haben, ihre „Pachtung" etwas abzurunden. Die chinesische Regierung verbat sich diese „Grenzregulierung" sehr ernstlich und stellte Truppen auf. Nun machte Portugal, dem um die ganze „Pachtung" bangte, den Vorschlag, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten, natürlich in der Hoffnung auf die Solidarität der europäischen Diplomatie gegenüber der gelben Rasse, nach Wilhelms II. Mahnung: „Völker Europas, wahrt eure heiligsten Güter!" Doch die chinesische Regierung ließ sich nicht in die Falle locken. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat die chinesische Regierung dem portugiesischen Gesandten eine Note überreicht, in der es in aller Form abgelehnt wird, die Frage der Abgrenzung Macaos einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Diese Frage könne nur von China und Portugal entschieden werden. Portugal vermag Macao nicht zu halten, wenn die Chinesen dem „Pachtverhältnis" ein Ende machen wollen, und das wird vermutlich der Fall sein. Für Deutschland sollte das die Mahnung sein, Kiautschau aufzugeben, solange es noch ohne Blamage geschehen kann.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 5. Januar.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Die von der Partei und dem Gewerkschaftskartell arrangierten Vortragsabende nahmen am gestrigen Dienstag ihren Anfang. Das Thema „Die Entwickelungsstufen des Wirtschaftslebens" wird von dem Vortragenden Genosse Rühle aus Halle an acht Abenden behandelt. Der gestrige erste Abend war von zirka 400 Personen besucht, die den äußerst interessanten Ausführungen des Vortragenden mit großer Aufmerksamkeit folgten. Dieser ging auf die eigentliche Materie noch nicht ein, sondern behandelte zunächst die materialistische Geschichtsauffassung. Hoffentlich bleibt das am ersten Abend gezeigte Interesse auch für die weiteren Vorträge ein gleich reges. Der nächste Vortrag findet am kommenden Freitag statt.

Die sozialpolitische Rückständigkeit der Lübecker Handelskammer. Als vor Jahresfrist die hiesige Handelskammer Bericht über ihre Tätigkeit im Jahre 1908 erstattete, nahmen wir Veranlassung, die in diesem Bericht zutage tretende reaktionäre Tendenz zu kritisieren und zu zeigen, wie arbeiterfeindlich die amtliche Vertretung der Lübecker Kaufleute in jeder Beziehung ist. Der Handelskammerbericht für 1909 vervollständigt nun noch den schlechten Eindruck, den der vorjährige Bericht bei allen fortschrittlich denkenden Menschen machen mußte. Es heißt darin u. a.:

„Auf dem Gebiete der Krankenversicherung hat die Handelskammer der in dem Entwurf vorgesehenen Gleichstellung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Beitragshöhe und in der Verwaltung aus Gründen der Staatsräson, zwecks Verhütung des Mißbrauches der Kassenorganisation zu politischer Agitation zugestimmt. Indessen hat sie sich gegen die Erschwerung der Erhaltung bestehender und der Errichtung neuer Betriebskrankenkassen und Hilfskassen erklärt. Für die Unfallversicherung ist vor allem die Neuerung der Versicherungsämter mit den größten Nachteilen verbunden; das Vorverfahren in den Versicherungsämtern bedeutet eine erhebliche Erschwerung der Unfalluntersuchung und der Unfallverhütung, auch widerspricht die Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Versicherungsämtern an der Rentenfestsetzung dem Wesen einer allein von Beiträgen der Arbeitgeber getragenen Versicherung. Bei den kaufmännischen Lagerungsbetrieben hat die Handelskammer empfohlen, die Unfallversicherungspflicht auf alle in das Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragenen Firmen, die mit der Behandlung und Handhabung von Waren zu tun haben, und auf den gesamten Umfang ihres Betriebes auszudehnen. Gegen die Schaffung einer Hinterbliebenenversicherung unter erneuter Belastung des Reiches und der Arbeitgeber hat die Handelskammer entschiedenen Widerspruch erhoben.

„Überhaupt hat die Handelskammer im Interesse der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Unternehmertums (?!?) auf dem Weltmarkt und mit Rücksicht auf den schon heute von keinem der Konkurrenzländer Deutschlands auch nur annähernd erreichten Umfang der sozialen Fürsorge dringend gefordert, bei der Reform der Arbeiterversicherung die Erhöhung der Versicherungslast auf das **allernotwendigste Maß** zu beschränken. Während die Arbeiterversicherung nämlich schon heute einen jährlichen Kostenaufwand von 700 Millionen Mark erfordert, wird die in dem Entwurf vorgesehene Mehrbelastung der Reichskasse, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer auf jährlich insgesamt etwa 300 Millionen Mark geschätzt, sodaß bei Annahme des Entwurfs die jährlichen Gesamtkosten der Sozialversicherung auf 1 Milliarde Mark steigen würden, d. h. auf einen Betrag, der ein Siebentel des Wertes der deutschen Ausfuhr ausmacht. Da die von der Reichskasse zu leistenden Zuschüsse wieder durch Steuern aufgebracht werden müssen, und da ferner auch der bestimmungsgemäß zunächst von den Arbeitnehmern zu tragende Anteil der Versicherungslast, namentlich in Zeiten aufsteigender Konjunktur, erfahrungsgemäß rasch seinen Ausdruck in entsprechenden Lohnerhöhungen findet und so indirekt von dem Unternehmertum mitgetragen wird, so ist jene Milliarde Mark als eine Last anzusehen, die der Gesamtheit des deutschen Wirtschaftslebens auferlegt wird und um deren Betrag Deutschlands Handel und Industrie auf dem Weltmarkt hinter den übrigen Welthandelsnationen im Wettbewerb zurückstehen wird. Nach der großen Neubelastung durch die Reichsfinanzreform erlaubt die gegenwärtige Lage nach Ansicht der Handelskammer es nicht, unser Nationaleinkommen um einen so gewaltigen Betrag von neuem zu belasten. Dieser Gesichtspunkt muß bei der Schaffung neuer sozialpolitischer Gesetze in erster Linie berücksichtigt werden.

Höher als das Interesse an einer Vermehrung der sozialen Fürsorge steht auch vom Standpunkt der Arbeitnehmer (!!) das Interesse der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitgeber.

„Von den Beschlüssen der Kommission hat in den Kreisen des Großhandels besondere Beunruhigung der Vorschlag wachgerufen, daß in Schreibstuben, Kontoren und Lagerräumen, welche nicht zu offenen Verkaufsstellen gehören, Gehilfen und Lehrlinge täglich höchstens 9 Stunden einschließlich einer 1½stündigen Mittagspause beschäftigt werden sollen, daß ferner nach Beendigung der Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 12 Stunden gewährt werden und Überarbeit an höchstens 60 Tagen im Jahre gestattet sein soll. In Übereinstimmung mit der Stellungnahme, die die hanseatischen Handelskammern bereits im Jahre 1905 aus Anlaß der damaligen in ähnlicher Richtung sich bewegenden Vorschläge des Beirats für Arbeiterstatistik eingenommen haben, hat die Handelskammer sich gegen die noch weitergehenden Vorschläge der Reichstagskommission mit Entschiedenheit ausgesprochen.

„Auch die Beschlüsse, die die Reichstagskommission zu den die Konkurrenzklausel betreffenden Bestimmungen des Regierungsentwurfes der Gewerbeordnungsnovelle gefaßt hat, haben die Handelskammer lebhaft beschäftigt. Zu dem § 133 f. war von der Kommission ein Zusatz vorgeschlagen, durch den die Verbindlichkeit einer vereinbarten Konkurrenzklausel u. a. davon abhängig gemacht wurde, daß „die Vereinbarung bezweckt und geeignet ist, den Gewerbeunternehmer vor solchen Schäden zu bewahren, welche durch die Bekanntgabe von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen entstehen können." Die Handelskammer hat demgegenüber betont, daß eine Schädigung der Interessen des Prinzipals nicht nur dann eintritt, wenn der Angestellte ein neues Dienstverhältnis eingeht und die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse seines früheren Prinzipals bekannt gibt, sondern auch dann, wenn der Angestellte selbständigen Wettbewerb mit seinem bisherigen Prinzipal aufnimmt und jene Geheimnisse selbst ausnutzt. Auch hat die durch den Zusatz der Kommission vom Richter verlangte Prüfung, ob die Konkurrenzvereinbarung zum Schutz von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen bestimmt und geeignet ist, eine Preisgabe der Geheimnisse in der Öffentlichkeit zur Folge. Endlich verlangen die besonderen Verhältnisse in der Industrie denselben Grad des Schutzes wie die des Handels, für den eine solche Erschwerung des Abschlusses von Konkurrenzklauseln nach dem Handelsgesetzbuch nicht besteht. Auch mit dem Vorschlage, die Verbindlichkeit der Konkurrenzklausel in der Regel auf 1 Jahr nach der Auflösung des Dienstverhältnisses (Regierungsvorschlag: 3 Jahre) zu beschränken, hat sich die Handelskammer nicht einverstanden erklären können, da die Frist von 1 Jahr als Regel nicht genügt, um eine unbillige Konkurrenz eines Angestellten gegen seinen früheren Prinzipal unmöglich zu machen; einer Frist von zwei Jahren würde gegebenenfalls zugestimmt werden können. Gegen den Beschluß der Kommission, die Gültigkeit der Klausel von einer bestimmten unteren Gehaltsgrenze (1500 Mk.) abhängig zu machen, spricht der Umstand, daß auch die im Durchschnitt höher besoldeten Angestellten, die in der Lage sind und ein Interesse haben, einen intimeren Einblick in die Betriebsverhältnisse zu gewinnen, mit Gehältern unter 1500 Mark anfangen.

Die von der Reichstagskommission für alle Betriebe mit mindestens 20 Arbeitern geforderte obligatorische Einführung ständiger Arbeiterausschüsse mit ausgedehnten Befugnissen hat die Handelskammer entschieden bekämpft in der Überzeugung, daß die Einführung solcher Ausschüsse im Bedarfsfalle der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorbehalten bleiben muß, wenn anders sie nicht eine Quelle der Beunruhigung im Fabrikbetriebe werden sollen. Letzteres müßte umsomehr befürchtet werden, als nach dem Kommissionsvorschlage die Mitglieder des Arbeiterausschusses in geheimer, gleicher und unmittelbarer Wahl gewählt werden sollen, womit eine umfassende Wahlagitation mit allen ihren nachteiligen Begleiterscheinungen unvermeidlich verbunden sein würde. Zum mindesten müßte das Wahlrecht an die Bedingung geknüpft sein, daß die Arbeiter eine bestimmte Mindestzeit in dem Unternehmen beschäftigt sind. Gänzlich unannehmbar ist für die Industrie der Gedanke, den Ausschüssen Befugnisse zu übertragen, die geradezu in die Leitung der Betriebe eingreifen.

Die Forderung der Kommission, daß die regelmäßige Lohnzahlung nur innerhalb der Arbeitszeit stattfinden darf, entspricht nicht dem Rechtsgefühl, da der Arbeitslohn erst nach Beendigung der Arbeitszeit verdient ist, sie ist aber auch unzweckmäßig, weil sie die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den Betrieben nicht berücksichtigt.

Nicht minder bedenklich erscheinen die Beschlüsse der Reichstagskommission über die Regelung der Heimarbeit, namentlich der Gedanke der Errichtung von Lohnämtern mit der Befugnis zur Festsetzung von Mindestlöhnen und die Bestimmung der Rechtsverbindlichkeit von Tarifverträgen, die irgendwo zwischen Heimarbeitern und ihren Arbeitgebern vereinbart oder durch Schiedsspruch festgesetzt sind, auch für außenstehende Heimarbeiter und Arbeitgeber.

Wo es gilt, den Arbeitern oder den Angestellten Fesseln anzulegen, wie das durch die Konkurrenzklausel geschehen soll, da ist die Lübecker Handelskammer Feuer und Flamme, da will man das Gebiet erweitern, für welche diese die Erwerbsmöglichkeit der Arbeitnehmer schwer beschränkende Bestimmung Geltung haben soll. Dagegen bekämpft die Handelskammer im kapitalistischen Unternehmerinteresse alles, was irgendwie sozialen Geist atmet, was den Arbeitern zugute kommen könnte. Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Festsetzung von Unfallrenten, die doch eigentlich selbstverständlich sein müßte, ist ihr ebenso ein Greuel, wie die Schaffung einer Hinterbliebenenversicherung. Mögen die Frauen und Kinder der Arbeiter, denen der Ernährer gestorben ist, verhungern, wenn nur der Unternehmer nichts zu zahlen braucht! Das ist der Standpunkt der Vertretung der reichen Lübecker Handelsherren. In dem Handelskammerberichte wird auch so getan, als ob das Unternehmertum die Lasten der Arbeiterversicherung trägt. Natürlich ist das grundfalsch, denn in Wirklichkeit müssen die Arbeiter den Unternehmern alles, was letztere an Beiträgen für die Versicherung zahlen, verdienen und den vielfach riesigen Profit noch dazu. Oder will am Ende gar jemand behaupten, daß ein Kapitalist, der 100 000 Mk. Einkommen hat, dieses Geld selbst verdient? Wer das sagen würde, den würde man einfach auslachen.

Die Arbeiterausschüsse, die aus geheimer Wahl hervorgehen und die somit von dem Vertrauen ihrer Kollegen getragen sind, werden von der Handelskammer entschieden bekämpft. Gegen Arbeiterausschüsse, die aus den Kreaturen der Unternehmer bestehen, hat man wahrscheinlich nichts einzuwenden, da dieselben stets nur Dekoration sein würden. Geradezu komisch klingt es, wenn in dem Bericht gesagt wird, daß die Lohnzahlung innerhalb der Arbeitszeit „nicht dem Rechtsgefühl entspreche". Wie dieses Rechtsgefühl der Kapitalisten aussieht, zeigt der ganze Handelskammerbericht. Die Ausbeutung der Arbeiter darf keine Minute eingeschränkt werden, sonst leidet das „Rechtsgefühl" der Unternehmer darunter. Die Handelskammer nimmt in unserem Staatswesen eine sehr einflußreiche Stellung ein; ihr Präsident ist Wortführer der Lübecker Bürgerschaft. Da ist es nicht verwunderlich, wenn in Lübeck die Reaktion Trumpf ist. Die Arbeiterschaft wird gut tun, die unglaublich rückständige Stellungnahme der Handelskammer gegenüber der Sozialgesetzgebung in Erinnerung zu behalten.

Anmeldung zur Stammrolle. Die im Staate Lübeck wohnhaften Militärpflichtigen haben sich in diesem Jahre wie folgt zur Stammrolle anzumelden: I. aus den Landgemeinden: 1) am Sonnabend, den 15. Januar, vorm. 9 bis 12 Uhr in Nusse, im Lokale des Gastwirts A. Püst die Militärpflichtigen aus den Landgemeinden: a) Nusse, Poggensee, Ritzerau, Gr. Schretstaken, Kl. Schretstaken und Tramm. b) Albsfelde, Behlendorf, Düchelsdorf, Giesensdorf, Harmsdorf, Hollenbeck und Sierksrade. Den in den unter b genannten Landgemeinden wohnhaften Militärpflichtigen bleibt es überlassen, sich in Nusse oder Lübeck zu melden. 2) am Montag, den 17. Januar, mittags 11 bis 1 Uhr in Travemünde im Gemeindebureau die Militärpflichtigen aus Travemünde und den Landgemeinden Brodten, Gneversdorf, Ivendorf, Rönnau und Teutendorf. 3) am Montag, den 24. Januar, mittags 11 bis 1 Uhr in Schlutup, Polizeibureau, Wesloerstr. 1 die Militärpflichtigen aus der Landgemeinde Schlutup. 4) am Sonnabend, den 29. Januar, mittags 11 bis 1 Uhr in Kücknitz im Lokale des Gastwirts W. Dieckelmann die Militärpflichtigen aus den Landgemeinden Kücknitz, Pöppendorf, Dummersdorf, Herrenwyk und Siems. II. aus der Stadt Lübeck nebst Vorstädten und den vorstehend nicht genannten Landgemeinden in Lübeck im Geschäftszimmer der Ersatzkommission, Johannisstraße 1, 2. Etage (Kommerzbank) in der Zeit von 9 bis 1 Uhr vorm., und zwar an demjenigen der nachstehend bezeichneten Tage, hinter welchem der Anfangsbuchstabe des Familiennamens angegeben ist. 1) am Sonnnabend, 15. Januar: A, 2) am Montag, 17. Januar: B, 3) am Dienstag, 18. Januar: C, 4) am Mittwoch, 19. Januar: D, E, 5) am Donnerstag, 20. Januar: F, G, 6) am Freitag, 21. Januar: H, J, 7) am Sonnabend, 22. Januar: K, L, 8) am Montag, 24. Januar: M, N, 9) am Dienstag, 25. Januar: O, 10) am Mittwoch, 26. Januar: P, Q, 11) am Donnerstag, 27. Januar: R, 12) am Freitag, 28. Januar: S, 13) am Sonnabend, 29. Jan.: T, U, V, 14) am Montag, 31. Januar: W, X, Y, Z. Zur Anmeldung sind verpflichtet alle Militärpflichtigen, welche ihren dauernden Aufenthalt im lübeckischen Staatsgebiete haben, und zwar sowohl diejenigen, die im Jahre 1890 geboren sind, als auch diejenigen der älteren Jahresklassen, welche noch keine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis erhalten haben. Sollten Militärpflichtige, die hiernach zur Anmeldung verpflichtet sind, zurzeit von hier abwesend sein, so haben deren Eltern, Vormünder, Lehr-, Brot und Fabrikherren die Verpflichtung, sie hier zur Stammrolle anzumelden. Bei der Anmeldung zur Stammrolle haben diejenigen Militärpflichtigen, welche im lübeckischen Staatsgebiete nicht geboren sind, einen Geburtsschein vorzulegen. Dieser wird vom Standesamt des Geburtsortes kostenfrei erteilt. Vorlage des Taufscheins genügt nicht. Militärpflichtige, welche sich schon vor einer Ersatzbehörde gestellt haben, müssen ihren Losungsschein mitbringen. Lübeckische Staatsangehörige, welche in Lübeck zu dienen wünschen, haben bei der Anmeldung zur Stammrolle ihren Staatsangehörigkeitsausweis oder den Bürgerbrief ihres Vaters vorzulegen. Von der Anmeldung sind befreit diejenigen Militärpflichtigen, welche mit einem Berechtigungsschein zum einjährig-freiwilligen Dienst versehen und auf Grund desselben zurückgestellt, sowie diejenigen, die mit einer besonderen Ausstandsbewilligung versehen sind. Wer die vorgeschriebene Meldung zur Stammrolle unterläßt, wird nach § 25 der Wehrordnung mit Geldstrafe bis zu 30 Mk, oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft. Die versäumte Meldung ist nachzuholen.

Die Ortskrankenkasse zu Lübeck hatte am 1. Januar 1910 18 561 Mitglieder gegen 18 111 im Jahre 1909. Auf Männer entfielen davon 12 720 (1909 12 550), auf Frauen 5841 (1909: 5561). Erwerbsunfähigkrank waren am letzten Dez. 1909: Männer 342 (1908: 396) und Frauen 209 (1908: 224). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Dez. 1502 (1908: 1446) erteilt. Sterbegeld wurde im Dez. für Mitglieder in 12 Fällen, für Angehörige in 40 Fällen gezahlt. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Dez. 11 Abweisungen erfolgen müssen. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verhaltungsvorschriften waren in 27 Fällen mit Strafe zu belegen.

m. **Donnerwetter! Tadellos!** so heißt der Titel der Revue, die vom Hansatheater jetzt allabendlich vor gut besetztem Hause unter großem Beifall stattfindet. Um es vorweg zu sagen, die für das Stück gemachte Reklame ist diesmal wirklich gerechtfertigt. Die Revue in ihrer hiesigen Darstellung und Ausstattung ist ihrem Namen entsprechend „Donnerwetter! Tadellos!" Schöne blendende Kostüme, glänzende Balletts, hübsche Ausstattung usw. Dazu Linkesche Musik, ein paar nette, stimmungsvolle Lieder, kecke Couplets, flott vorgetragen und eine gute Darstellung, verbunden mit einem guten Zusammenspiel aller Kräfte verfehlt auch hier in Lübeck seine Wirkung nicht. Über den Inhalt des Stückes kann man leicht hinweggehen, es hat so gut wie keinen. Etwas Rührseligkeit, etwas Frechheit, etwas Patriotismus hurrapatriotischer Art, um „oben" nicht anzuecken für manches Zötchen, und viel Witz und Humor bilden immer den Text derartiger Revuen, deren Boden die Reichshauptstadt bildet. Darum sind diese Sachen bei der großen Menge aber auch besonders beliebt; man kann lachen, sieht viel und braucht nichts Besonderes dabei zu denken! Jedenfalls sind sie unterhaltend und sehenswert. Mag mancher speziell auf Berliner Verhältnisse gemünzter Witz auch nicht recht verstanden werden, im großen und ganzen klappt auch hier alles, denn einige direkt Berliner Lieder sind hier weggelassen. So z. B. das Lied von der Untergrundbahn. Leider auch das schöne Talerlied, das im Metropoltheater — der Heimatsstätte von „Donnerwetter! Tadellos!" — immer sehr einschlug. Recht wirkungsvoll sind hier wie immer das Lied vom Schutzmann, Heinrich Heines Lied „In stiller Nacht", das Gardelied, das Lied vom Laufmädel, das Tanzlied der Venus und das Duett „Volksstück und Operette". Noch ein Wort über die Darsteller. An der Spitze stehen ohne Frage die Damen Else Heß und Annie Tharau. Beides schöne Gestalten mit ebensolcher Stimme, die ja auch beide ersten Bühnen angehörten. Besonders Frl. Tharau, die der erklärte Liebling des Breslauer Schauspielhauses war. Aber auch die kleineren weiblichen Rollen werden gut vertreten. Von den Herren stehen Fritz Steidl und Franz Petri an hervorragender Stelle. Der erste in komischen Rollen, z. B. als Snob, Gardeleutnant, und Volksstück, Herr Petri als Apollo, Heinrich Heine und Invalide. Sehr gut ist auch Herr Sentus als Schutzmann Knautschke und Herr Hollmann als „Herr vom Rhein". Amüsiert hat uns auch die harmlose Verulkung der Sozialdemokratie im Bilde „Die Reformkaserne". Beweist es doch wieder einmal, wie sich die sozialistische Welt in den Augen unserer Spießer malt. Aber sei's drum, ulkig ist's doch, und wie schon erwähnt, derarte Sächelchen müssen als Zuckerpillen für manche blutigen Kalauer auf „hohe Herren" — siehe Dernburg — und als Kompliment nach „oben" gemacht werden, damit die Zensur — und die ist in Preußen nicht ohne — mitunter mindestens ein Auge zudrückt! Also nochmals, wir können jedem unserer Leser und Genossen empfehlen, schleunigst nach dem Hansatheater zu wallen und sich „Donnerwetter! Tadellos!" anzusehen.

Stotterheilkursus. Auf Anordnung der Oberschulbehörde beginnt der nächste unentgeltliche Heilkursus für stotternde Kinder aus hiesigen Volksschulen am Montag, den 10. Januar. Die Sprechübungen finden am Montag, Mittwoch und Sonnabend nahm. von 2 bis 4 Uhr statt. Anmeldungen werden am Sonnabend, den 8. Januar, nachmittags von 4—5 Uhr, im Schulhause, Fleischhauerstraße 47, entgegengenommen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Donnerstag geht Meyerbeers große Oper „Die Hugenotten" nochmals in Szene. — Am Freitag gelangt die Operette „Die kleine Prinzessin" von Bela von Ujj zur nochmaligen Aufführung. — Für Sonnabend befindet sich Shakespeares Tragödie „König Lear" in Vorbereitung.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Donnerstag kommt das Schauspiel „Dorf und Stadt" von Charlotte Birch-Pfeiffer zur nochmaligen Aufführung.

Hamburg. Selbstmord eines Ehepaares. In der Parterrewohnung seines eigenen Hauses, Sophienstraße 2, hat sich der 61 Jahre alte frühere Zigarrenhändler und jetzige Privatier Wilhelm Huth mit seiner um 16 Jahre jüngeren Ehefrau durch Einatmung von Leuchtgas getötet. In einem Schreiben an Verwandte hatte H., der früher an der Reeperbahn ein gutgehendes Zigarrengeschäft besaß, die Absicht geäußert, mit seiner Frau in den Tod gehen zu wollen, da er mittellos dastehe und von seinen Gläubigern gedrängt werde, zu zahlen, widrigenfalls er sein Haus verlassen müssen. Nach Empfang dieses Briefes eilten die Verwandten in die Wohnung des Ehepaares; kamen aber zu spät. Man fand beide, festlich gekleidet, auf dem Bett im Schlafzimmer tot liegen. In einem zurückgelassenen Schreiben spricht das Ehepaar den Wunsch aus, in der Kleidung mit der sie in den Tod gingen, beerdigt zu werden.

Flensburg. Militärboykott gegen dänische Vereinshäuser. Wie die gesamte bürgerliche Presse meldet, ist den Soldaten, die nach Nordschleswig auf Urlaub gereist sind, streng verboten worden, die dänischen Versammlungshäuser zu besuchen. Die Gendarmen haben Obacht geben müssen, ob das Verbot übertreten wurde. Die Behörden sind offenbar bemüht, den jungen Nordschleswigern den Preußenhaß ordentlich beizubringen, denn eine andere Folge hat dieses Verbot auf keinen Fall. Zu bewundern wäre es nicht, wenn die Dänen jetzt nun den Spieß umkehrten und alle die Gastwirtschaften mieden, in denen ein Anhänger der Gewaltpolitiker als Wirt sitzt. Das Geschrei über dänischen Terrorismus sollte man dann nur hören.

Sonderburg. Ländliche Feuersbrunst. Das Wohn- und Wirtschaftsgewese des Ziegeleibesitzers Meyland in Iller brannte vollständig nieder. Durch Flugfeuer wurde auch das Nebengebäude von Konrad Nielsen eingeäschert. Insgesamt brannten fünf Gebäude ab.

Immer und immer wieder muß auf die Raub- und Raffgier des Schnapsblocks — in dem die Unersättlichen vom Bunde der Landwirte die erste Geige spielen — hingewiesen werden. Wie mit glühendem Eisen eingebrannt müssen die Taten des Schnapsblocks im Gedächtnis der arbeitenden und dem Kapital fronenden Volksschichten haften. Stets und ständig muß die unter dem Steuerdruck leidende Bevölkerung sich die Tatsache vor Augen halten, daß sich **die Agrarier** aus der 80 Millionen betragenden Schnapssteuer **45 Millionen Mark Liebesgabe** höchstselbst bewilligt haben.

Die Agrarier bezeichnen sich zum Hohn als Notleidende, während sie im Fette ersticken. Die Unverschämtheit dieser Gesellschaft schreit zum Himmel. Während sie sich selbst Liebesgaben und Steuerfreiheit bewilligt, belasteten sie das werktätige Volk mit **345 Millionen Mark neuer Verbrauchssteuern.**

Die Schnapsbrenner bekommen jährlich 45 Millionen Mark geschenkt.

Die reichen Leute zahlen jährlich 00 an direkten Steuern für das Reich.

Die große Masse des Volkes zahlt jährlich 345 Millionen Mark an neuen Verbrauchssteuern.

So hat der Schnapsblock für das werktätige Volk in Stadt und Land „gesorgt".

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 4. Januar.

Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.

Auftrieb 5100 Schweine. Der Markt wurde langsam geräumt.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara: Beste schwere reine Schweine 71,00—71,50 Mk., 20 Proz. Tara. Schwere Mittelware 70,00—70,50 Mk., 22 Proz. Tara. Gute leichte Mittelware —69,50 Mk., 22 Proz. Tara. Geringere Mittelware 64,50—68,00 Mk., 24 Proz. Tara. Sauen nach Qualität 58,50—66,50 Mk. schw.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Dienstag, den 4. Januar:

D. Anneliese, Kapt. Thiel, von Königsberg in 60 St.
D. Meta, Kapt. Ehler, von Fehmarn in 3½ St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Montag, den 3. Januar:

D. Najaden, Kapt. Stenfelt, nach Kopenhagen.

Dienstag, den 4. Januar:

Venetia, Kapt. Radoem, nach Furillen.
Eben Ezzar, Kapt. Raßmussen, nach Burg a. F.
Sjöalo, Kapt. Synnerholm, nach Kalfsund,
Wilhelm Lüdke, Kapt. Laasch, nach Stettin.

Schiffsbewegungen.

D. Aegir, Kapt. Favorin, ist gestern früh in Hangö angekommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigs, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Dienstag morgen entschlief sanft nach schwerer Krankheit meine liebe Frau, meines Sohnes treue Mutter, unsere liebe Tochter, Schwester und Schwägerin

Mathilde Malz, geb. Pier,

im 29. Lebensjahre. Aufs tiefste betrauert von den Ihrigen.

Paul Malz und Familie.

Wakenitzmauer 56.

Trauerfeier in der Kapelle Vorwerk am Freitag, dem 7. Januar, 2¾ Uhr.

Für bewiesene Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage hiermit allen, die ihr Beileid bezeugten, sowie Herrn Pastor Schütte für die trostreichen Worte am Sarge und besonders den Arbeitern und Arbeiterinnen nebst Direktion der Fa. Villeroy u. Boch, Dönischburg, meinen herzl. Dank.

Emma Müller, geb. Kieckbusch, Ratekau.

Zu sofort zu vermieten eine Gangbude Johannisstraße 57 (Albrechtsgang). Näheres Fischergrube 52.

Zweistubenwohnung

f. 130 Mk. zum 1. April zu verm. **Kl. Petersgrube 11,** 3. Etage. Zu melden daselbst oder **Obertrave 8.**

Eine Wohnung zu verm.

H. Romann, Stockelsdorf, Lotweg.

Zwei frdl. **Wohnungen** preiswert an ordentliche Leute zu vermieten. Näheres bei **Schnepel,** Wasserweg 2.

Zum 1. April eine

Zweistubenwohn. zu verm.

J. Kühl, Trems.

Zum 1. April eine **Wohnung** (3 Zimmer, Keller und Boden) zu vermieten.

Reiferstraße 39.

Fortzugshalber per sofort oder später **Dreizimmerwohnung** für 270 Mark zu vermieten.

Schützenstr. 56.

Zum 1. April zwei **Dreizimmerwohnungen** zu verm. Schwartauer Allee 223a. Näheres Brolingstr. 60.

Zu vermieten ein freundl. **Logis** mit separatem Eingang. Morgens und abends Kaffee.

Steinraderweg 28c. I.

Zu Ostern

ein Lehrling

gegen Vergütung.

Adolf Herbst, Sattler u. Tapezier, Mittelstraße 9.

Ein Haus mit 2 bis 3 Dreizimmerwohnungen zu kauf. gesucht. Ang. mit Preisang. u. **W E 63** an die Exp. d. Bl.

Sonntag abend eine silb. Taschenuhr abhanden gekommen, gezeichnet A. Rietberg, Norrköping. Geg. Belohnung abzugeben Rosengarten 14.

Darlehn gegen Sicherh., Hausst., Polic., Erbschaften 2c. Beckergr. 49.

Unter alte emaillierte Töpfe

werden neue emaillierte Böden gesetzt. Mengstraße 19.

Wer liefert **Maskenanzüge** zum Sonntag, 13. Februar, ca. 150 St. Ang. bis Sonntag u. **C B** a. d. Exp.

Hasenfelle,

Kanin, Füchse, Iltisse, Marder 2c.

kauft zu höchsten Tagespreisen

J. L. Würzburg,

Wahnstr. 22a.

Weine, Spirituosen u. Liköre

in jeder Preislage

empfiehlt

J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisender aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus und Speditionsgeschäft Fischergr. 52.

Hans Wilms, 1. Wallstraße 15 a. Telephon 2055.

Den werten Einwohnern von **Stockelsdorf und Umgegend** halte meinen

Rasier-, Frisier- und Haarschneide-Salon

bestens empfohlen. Saubere und prompte Bedienung in und außer dem Hause. Anfertigung sämtlicher Haararbeiten: Zöpfe, Haarunterlagen, künstliche Locken u. Puppenperücken.

Johannes Schaper

Friseur,

Stockelsdorf.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.

Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.

: Teilzahlung gestattet :

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Spezialität:

Bremer Pinkelwurst

(Kohlwurst),

garantiert reines **Gänseschmalz,**

Ochsen- u. Schweinefleisch.

Emmy Heine,

Aufschnitt und Fleischwaren,

Hüxstraße 40. — Teleph. 1452.

Jede sparsame Hausfrau muß wissen, daß sie beim Einkauf von

Käse

nur nach der

Untertrave 84

zu kommen braucht, denn dort kauft man gut, reell und billig.

---

ff. gelbe Eßkartoffeln a Mk. 5.50; allerfeinste **Magnum bonum, französische und Gesellschaftskartoffeln** empfiehlt billigst frei Haus. — Wiederverkäufern Ausnahmepreise.

C. Heese, L. Jacobsen Nchf. Meierstr. 26. T. 1440

Habe selten schönes, 3jähr. fettes

Füllen

geschlachtet, wovon meiner werten Kundschaft bestens empfehle.

Heinr. Dieckvoss,

Obertrave 12. — Fernruf 1664.

Die Adler-Brauerei Lübeck

empfiehlt ihre vorzüglichen Biere in Gebinden und Flaschen.

Der Ausstoß unseres vorzüglich geratenen

Bockbieres

beginnt morgen

Donnerstag, 6. Jan. 1910.

Lübecker Vereinsbrauerei

E. G. m. b. H. Fernruf 8963.

Freitag

kommt

Elbschloß-Bock

M. Hofmann.

Schmiedestr. 20. Tonhalle Schmiedestr. 20.

(Pariser Kinema)

Tonhalle.
Heiliges Feuer.
Drama.

Bianka Capello.
Drama.

Humoristisch:
Lehmann kommt wieder.
Was Lehmann kann D. geprüfte Kandid.
Natur:
Nomaden in Algerien.
Ringkämpfe.

Tonhalle.
Todesritt d. Jockeys
Drama.

Das Innere des Armen.
Drama.

Bianka Capello!

Was man erzählt!

Dieses Programm ist im Teehause in Paris bis zum Neujahrstage gespielt.

Die Direktion.

Einladung zum

Unterhaltungs-Abend der freien Jugend Lübecks

bestehend in

Vokal- und Instrumental-Konzert, Ansprache, Gesangsvorträgen, Deklamationen, Theater und Reigenaufführungen

am Sonntag, dem 9. Januar 1910

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Kassenöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Eintritt pro Person 20 Pfg.

Da ein wirklich großzügiges Konzertprogramm und prächtige Lieder und Deklamationen zum Vortrag kommen, können wir einen genußreichen Abend versprechen.

Die Kommission.

Sportklub „Gemütlich".

Versammlung

umständehalber schon **Donnerstag, den 6. Januar,** bei

Gustav Ehlers.

Panorama

Breitestr. 53, I., Fl.

Vom 1. bis 8. Januar

Tirol.

Eine Tal- und Höhenwanderung durch das Oetztal.

Arbeiter-Radfahrerverein Lübeck.

Generalversammlung

Donnerstag, 6. Jan.

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisst. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung.
3. Jahresberichte.
4. Wahlen.
5. Fragekasten und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zentralverband der

Zimmerer Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

Donnerstag, 6. Jan.

abends 8½ Uhr

im Vereinshaus, Johannisst. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die zentralen Verhandlungen in Berlin.
2. Abrechnung vom 4. Quart. 1909.
3. Bericht von der Vereinshauskommission.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrerverein „Planet", Fackenburg.

Maskenball

Sonntag, 30. Jan. 1910

bei F. L. PAETAU, Fackenburg.

Anfang 6 Uhr. Maskenzug 8 Uhr.

Der Vorstand.

Umständehalber findet die Versammlung am Mittwoch, dem 12. Januar, statt. D. O.

Hansa-Theater.

Täglich 8 Uhr:

Gastspiel des Thalia-Theaters, Elberfeld

„Das Sensations-Ereignis"

„Donnerwetter tadellos"

Gr.-hum. Ausst.-Revue in 8 Bildern mit Ges. u. Ball. v. **Julius Freund.** Musik von **Paul Lincke.**

1. Bild: Geburtstag der Venus. 2. Bild: Vor dem Hotel Kaiserhof in Berlin. 3. Bild: Ein Five o'clock im Kaiserhof. 4. Bild: Eine Reform-Kaserne. 5. Bild: Aus Deutschlands grossen Tagen. 6. Bild: Auf der „Ila" in Frankfurt a. M. 7. Bild: Der Luftschiffer-Korso. 8. Bild: Grosse Pracht-Apotheose (Deutschlands Zukunft).

3 große Balletts

Eine wahre Pracht an glänzender Ausstattung u. feenhaften Lichteffekten.

Stadthallentheater.

Donnerstag, 6. Januar. 7½ Uhr.

Dorf und Stadt.

Schauspiel von Ch. Birch-Pfeiffer.

Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei **Nagel,** Markt 14, und **Roß,** Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 6. Januar. 7½ Uhr.

Voll-Ab. 96. Donnerstag-Ab. 16.

Die Hugenotten.

Große Oper von Meyerbeer.

Freitag, 7. Jan. 7½ Uhr.

Die kleine Prinzessin.

Operette von Bela von Ujj.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 3. Mittwoch, den 5. Januar 1910. 17. Jahrg.

Der 3. preußische Parteitag.

(2. Tag.)

Am Dienstag wurde in der Diskussion über das Kommunalprogramm fortgefahren. Im allgemeinen drehte sich die Debatte um die Punkte: Gewerbesteuer, Erzielung von Überschüssen in den Gemeinden und Ausbau der Kranken- und Armen-Fürsorge. Eberle-Barmen stellt gegenüber seinen gestrigen Ausführungen fest, daß er für bestimmte Betriebe ebenfalls für einen Überschuß ist; u. a. beantragt er, die programmatische Forderung von Krematorien zu streichen, da er der Ansicht ist, daß wir nur dann Krematorien fordern dürfen, wenn die Friedhöfe entweder nicht mehr ausreichen oder gesundheitsschädlich geworden sind. Leinert-Hannover ist nicht gegen jede Gewerbesteuer. Er hält zum Beispiel die Besteuerung der Gewerbe, die durch die Gemeinde-Einrichtungen großen Nutzen haben, für durchaus berechtigt. Brandes-Magdeburg beantragt Streichung des Passusses auf Einführung der freien Arztwahl, wendet sich aber gegen den nachträglich gestellten Antrag, den Programm-Entwurf nochmals an eine Kommission zu verweisen. Thiele-Halle wünscht, daß die kommunalen Verhältnisse in den preußischen Stadt- und Landgemeinden durch umfassende Erhebungen festgestellt werden, und daß dem nächsten Parteitage darüber Bericht zu erstatten ist. Wurm-Berlin verbreitet sich des längeren über die Frage der direkten und indirekten Besteuerung. Mit Bezug auf die Gewerbesteuer, die wohl als eine indirekte wirke, ist er der Ansicht, daß wir sie nicht grundsätzlich ablehnen können, wohl aber für einen Ersatz eintreten müssen. In seinem Schlußwort geht der Berichterstatter Hirsch auf die in der Diskussion gemachten Einwendungen des näheren ein und bittet ebenfalls, den Entwurf nicht an die Kommission zurückzuverweisen.

Der Antrag auf Überweisung an eine Kommission wird abgelehnt und dann in der Abstimmung der vorliegende Entwurf mit einigen kleinen Änderungen angenommen. Der Antrag des Genossen Thiele, Erhebungen über die kommunalen Verhältnisse in den preußischen Gemeinden anzustellen, wird gleichfalls abgelehnt. Eine kurze Debatte gab es noch über einen Antrag Klühs und Genossen, der von dem Parteitag eine Erneuerung und Bekräftigung des Leipziger Boykottbeschlusses verlangte. In der Diskussion wurde bekannt, daß es einer Erneuerung durchaus nicht bedürfe, da ja der Beschluß noch existiere und bereits eine Wirkung in dem Sinne, wie es gewünscht wurde, gezeitigt habe. Der Antrag wurde dahin geändert, daß der preußische Parteitag an den in Leipzig gefaßten Beschluß erinnere, und dann mit großer Mehrheit angenommen. In der Nachmittags-Sitzung erreichte dann die Tagung ihren Höhepunkt. Zunächst teilte die Mandat-Prüfungskommission mit, daß der Parteitag von 208 Teilnehmern besucht sei. Auf Einladung des Parteitages sind aus den einzelnen Landesteilen des Reiches Genossen verschiedener Landtagsfraktionen erschienen. Genosse Singer begrüßt die Delegierten und weist bei der Gelegenheit darauf hin, daß die Wahlrechtsfrage keine rein preußische, sondern eine Frage des Reiches ist und deshalb auch für das gesamte deutsche Proletariat von außerordentlicher Bedeutung. Die aus den einzelnen Landesteilen erschienenen Delegierten bringen Grüße ihrer Auftraggeber und wünschen dem Parteitag eine gedeihliche Verhandlung.

Als Vertreter der Lübecker Bürgerschaftsfraktion war Genosse Löwigt erschienen, der darauf hinwies, daß der Sturz des preußischen Dreiklassenunrechts auch das Ende der skandalösen Wahlentrechtung der Lübecker Arbeiter bedeute.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit referierte dann Genosse Ströbel über die Wahlrechtsfrage. Er betonte, daß die Regierung sich durch die Thronrede auf eine Reform des preußischen Wahlrechts festgelegt habe und daß aus den offiziös inspirierten Notizen der letzten Tage hervorgehe, daß eine Reformvorlage demnächst kommen werde. Dies hat aber zur Folge einen riesigen Kampf zwischen Regierung und Volk, auf den schon jetzt aufmerksam zu machen unbedingt notwendig sei. Redner bespricht dann die kürzlich veröffentlichte Statistik, aus der hervorgeht, daß die Konservativen doppelt so viel Wahlrecht haben wie die Freisinnigen, und dreimal soviel wie die Sozialdemokraten. Zu den Ansichten und Vorschlägen der Genossen Bernstein und Maurenbrecher in den „Sozialistischen Monatsheften" übergehend, zeigt Redner an der Hand der Worte und Taten der Nationalliberalen und Freisinnigen, sowie der andern reaktionären Parteien in Preußen, daß an ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsfrage garnicht zu denken ist. Die Arbeiter müssen sich auf sich selbst besinnen, es muß eine Bewegung entfacht werden, durch die die Erringung des allgemeinen Wahlrechts aus eigener Macht der Arbeiter möglich ist; der Wahlrechtskampf, der bevorsteht, muß an Intensität alle bisherigen Wahlrechtskämpfe übertreffen. An das Referat Ströbels schloß sich keine Diskussion an, die vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Resolution wirft zunächst einen kurzen Rückblick auf das Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien in der neuesten Zeit und zieht daraus den Schluß, daß das preußische Volk rechtzeitig darauf vorbereitet werden muß, daß die preußische Regierung in ihrer Wahlrechtsvorlage abermals die Wünsche des Volkes völlig mißachten wird. Die Resolution fährt dann fort:

„Angesichts der dem ganzen preußischen Volke mit Ausnahme einer kleinen Schar privilegierter Nutznießer und Pfründner des Dreiklassenwahlrechts durch diese neue Versagung seiner gerechten Forderungen angetanen Schmach erklärt der Parteitag der Sozialdemokratie Preußens: Nur die Gewährung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts auf Grund der Verhältniswahl kann die Empörung des Volkes beschwichtigen.

Preußen, die Vormacht im Deutschen Reiche, hat die Pflicht, den übrigen Bundesstaaten durch ein modernes Wahlrecht richtunggebend voranzugehen, statt durch sein jetzt schon ins siebente Jahrzehnt künstlich hinübergeschlepptes Wahlunrecht ein von allen Kulturvölkern verachtetes und verspottetes System zu konservieren.

Die Sozialdemokratie Preußens erklärt, daß die Schande und Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlsystems nicht länger erträglich ist; sie fordert deshalb die preußische Regierung und die Parteien des preußischen Landtags auf, das Wahlrecht von 1840 durch ein wirkliches Wahlrecht zu ersetzen.

Die preußische Sozialdemokratie wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einem solchen Wahlrecht die Bahn brechen, eingedenk der historischen Lehre, daß überlebte Staatseinrichtungen zusammenbrechen müssen, sobald eine entschlossene und opferbereite Volksmehrheit den Kampf gegen das Unrecht aufzunehmen bereit ist.

Um einen solchen Wahlrechtssturm nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland zu entfesseln, beauftragt der Parteitag die preußische Parteileitung, ungesäumt alle Vorkehrungen zu treffen, die geeignet sind, den reaktionären Widerstand zu brechen."

Der Parteitag erledigte noch verschiedene kleinere Anträge und vertagte sich dann auf Mittwoch.

Erhebungen über die Arbeitszeit im Binnenschiffahrtsgewerbe.

Über die Dauer der im Binnenschiffahrtsgewerbe üblichen täglichen Arbeitszeit sowie über die Ruhepausen hatte das Reichsstatistische Amt früher schon einmal Erhebungen gemacht, und die Ergebnisse im Frühjahr 1907 veröffentlicht. Durch die damaligen Erhebungen, die von unserer Parteipresse sehr eingehend gewürdigt worden sind, wurde festgestellt, daß die Arbeitszeit im Winter auf den Fähren 10, 12, 14, 16 bis 18 Stunden betrug; die meist recht kurzen Essenspausen sind hier mit eingeschlossen. Die Verhältnisse auf den Dampfschiffen waren nicht besser. Von 1441 Arbeitern betrug für 210 die Arbeitszeit im Winter bis zehn Stunden, für 283 Arbeiter bis 12 Stunden, für 205 Arbeiter bis 14 Stunden, für 105 Arbeiter bis 16 Stunden und für 21 Arbeiter bis 18 Stunden. Im Sommer stieg die Zahl der Arbeitsstunden noch allgemein erheblich. Noch schlimmer sind die auf Segelschiffen Beschäftigten gestellt. Es wurde dort auf 168 Schiffen (gleich 12 Prozent) mit 337 beschäftigten Personen mehrfach eine ununterbrochene Arbeitsdauer von 24 Stunden festgestellt. Von den hiervon betroffenen Personen standen 30 im Alter von 16 Jahren.

Dieser vor etwas mehr als zwei Jahren erfolgten Veröffentlichung ist jetzt eine zweite gefolgt, worin die Ergebnisse einer bei den hier in Betracht kommenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen veranstalteten Umfrage über die Mißstände, die die oben geschilderte lange Arbeitszeit mit sich bringt, niedergelegt sind und die Frage beantwortet wird, ob eine Regelung der Arbeitszeit geboten erscheine. Die Antworten sind so ausgefallen, wie vorauszusehen war: Die Unternehmer haben die Frage, ob sich aus der langen Arbeitszeit Mißstände ergeben, im allgemeinen verneint, die Arbeiter haben sie bejaht. Insgesamt haben 97 Arbeitgeberorganisationen mit 6223 Mitgliedern das Vorhandensein dauernder nachteiliger Folgen für die Gesundheit der Arbeiter infolge der langen Arbeitszeit verneint, während 21 Arbeitgeberorganisationen mit 2191 Mitgliedern sich auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt und die Frage mit Ja beantwortet haben.

Von den Arbeitnehmerorganisationen haben 69 Organisationen mit 20 335 Mitgliedern eine dauernde Schädigung der Gesundheit der Arbeiter durch die lange Arbeitszeit angenommen, während 19 Arbeitnehmerorganisationen mit der allerdings geringen Mitgliederzahl von 720 die Frage verneint haben. Diese auffällige Tatsache, daß es Arbeiter gibt, die schädigende Folgen einer so übermäßig langen Arbeitszeit nicht beobachtet haben wollen, ist erklärlich, wenn man weiß, daß es sich hier um sogenannte gemischte Organisationen handelt, worin die Schiffsbesitzer tonangebend sind. Es erscheint daher sehr fraglich, ob bei diesen Beschlüssen überhaupt Arbeitnehmer mitgewirkt haben. Die Denkschrift vom Jahre 1907 weiß über diese Organisationen zu berichten, daß die Arbeitnehmer die Beantwortung der Fragebogen vielfach den Schiffsführern überlassen haben, weil die Arbeiter in solchen Dingen zu gleichgültig und zu ungewandt seien. Allerdings sind auch ein paar reine Arbeiterorganisationen unter den 19 Neinsagern. Wie wenig Bedeutung ihrem Urteil jedoch beizumessen ist, geht schon aus der geringen Mitgliederzahl hervor. In Duisburg sind zwei Arbeiterorganisationen befragt worden, von denen eine mit 600 Mitgliedern (offenbar der freigewerkschaftliche Hafenarbeiterverband) die Frage mit „Ja", und die andere Organisation am gleichen Ort, die 6 Mitglieder zählte, mit „Nein" beantwortet hatte. Das Urteil dieser 6 Mitglieder kann das der 600 nicht beeinträchtigen. Bei zwei gemischten Vereinen haben die Unternehmer übrigens die Frage nach dauernder Schädigung verneint, während die Arbeiter dieselbe ebenso einmütig bejaht haben.

Die Antworten der Arbeiterorganisationen, die dauernde, nachteilige, gesundheitliche Folgen infolge der langen Arbeitszeit während der Fahrt berichtet haben, beziehen sich in 22 Fällen auf Fähren, in 31 auf Personendampfer für den Ausflugsverkehr, in 25 Fällen auf Personendampfer für den Lokalverkehr, in 54 Fällen auf Frachtdampfern, Schlepper usw., in 6 Fällen auf Segelschiffe und in 30 Fällen auf Schlepp- und Lastkähne. Als dauernd nachteilige gesundheitliche Folgen sind beobachtet worden: In 46 Fällen Rheumatismus, in 30 Nervenleiden, in 28 Augenleiden, in 23 Lungenkrankheiten, in 14 Typhus, in 6 Fällen Nierenleiden, in Einzelfällen außerdem Herzkrankheiten, Lähmung, Erschlaffung der Muskeln usw. usw. Selbstverständlich lassen die Unternehmerorganisationen diese Behauptungen nicht gelten. Und wenn sie die Tatsachen der zahlreichen Erkrankungen auch nicht bestreiten können, so versuchen sie doch den Grund nicht auf die lange Arbeitszeit, sondern auf noch unaufgeklärte und unbekannte Ursachen zurückzuführen.

Am Webstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern
von A. Otto Walster.

136. Fortsetzung.

Am anderen Morgen zur frühen Stunde begab sich Findeisen in das Zimmer seines Sohnes, der sich eben zum Ausgehen bereit machte und fragte, da er ein so frühes Aufstehen an ihm nicht gewohnt, erstaunt:

„Du willst schon ausgehen, Georg?"

„Ja, Vater," entgegnete dieser, nicht weniger verwundert, den Vater bei sich erscheinen zu sehen, den er nur zuweilen bei Tafel oder im Kontor sah.

„Ich hoffe, Du hast nicht so große Eile, um nicht einen Augenblick ruhig zuhören zu können."

„Es ist mir nicht so eilig, und ich höre, Vater."

„Nun wohl; Du wirst in Erfahrung gebracht haben, daß das Ministerium bei dem vielleicht nahe bevorstehenden Kampfe die gutgesinnten Bürger zum Schutz von Recht und Gesetz, Ordnung und Ruhe um sich versammelt zu sehen wünscht."

„Ja, ja ich habe die Plakate gelesen und ganz außerordentlich heiter haben sie mich gestimmt."

„Heiter?" rief Findeisen erstaunt „ein Erlaß des Ministeriums und heiter stimmen?

„Ja, Du hast recht, sie sind im allgemeinen mehr trauriger Natur. Aber Du wolltest wohl etwas anderes sagen."

„Ich wollte Dir sagen, daß ich es für die Pflicht eines jeden guten Bürgers halte, dieser Aufforderung nachzukommen . . ."

„Ah, ah, das also ist es."

„Weil es nicht mehr als Recht und Billigkeit ist, als daß wir, deren Eigentum und bürgerliche Stellung in diesem Kampfe geschützt werden sollen, uns um diejenigen scharen, welche im Namen des Gesetzes als unsere Beschützer auftreten. Findest Du das nicht in der Ordnung?"

„Ich finde es wohl in der Ordnung, nur zweifle ich, daß damit viel ausgerichtet werden wird. Denn wer durch einen Kampf nichts als seine bürgerliche Stellung und sein Eigentum beschützen will, der will in der Regel auch sein Leben erhalten, und solche Leute sind in der Regel herzlich schlechte Soldaten."

„Das wird sich finden, einstweilen muß jeder seine Schuldigkeit nach Kräften tun, und habe ich deshalb beschlossen, die weiße Binde anzulegen und mich dem Ministerium oder dem Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht zur Verfügung zu stellen."

„Du Vater, in Deinem Alter?"

„Bin ich denn etwa nicht noch rüstig genug, die Waffen zu führen? Gebe ich nicht, je älter ich bin, ein eindrucksvolleres Beispiel? Und werde ich nicht, um alle Bedenken zu beseitigen, einen rüstigen Sohn zur Seite haben?"

„Denkst Du oder dachtest Du etwa bei diesem Sohn an mich?"

„Allerdings, da ich, wie Du weißt, Dich als einzigen Sohn besitze."

„Und um dessen Tun und Treiben Du Dich so wenig bekümmert, daß Du nicht einmal weißt, daß dieser Sohn auf einem ganz andern Parteistandpunkt steht?"

„Ich habe davon gehört, aber keinen besonderen Wert darauf gelegt, da ich mir wohl sagen durfte, daß alle solche Liebhabereien und Parteispielereien aufhören würden in Augenblicken, wo es sich um das „Mein und Dein", um die Erhaltung der bevorzugten Existenz handelt."

„Und gerade hierin hast Du Dich geirrt, Vater; die Sache ist mir zur Überzeugung und aus Überzeugung zum Leben geworden. Über das „Mein und Dein" habe ich ganz andere Ansichten als Ihr da drüben auf der anderen Seite, und bei meiner bevorzugten Existenz bin ich elend gewesen, elend — bis zum Selbstmord!"

„Was erinnerst Du uns daran, es hat hier keinen Platz. Ich habe gestern abend im Klub versprochen, daß Du mit mir kommen würdest."

„Du hast da etwas versprochen, was nicht in Deiner Macht lag."

„Willst Du nicht helfen, unser Vermögen zu verteidigen?"

„Nicht mit dem kleinen Finger, meinetwegen mag es denen zufallen, die es geschaffen, den armen Arbeitern, deren Schweiß an dem Gelde klebt."

„Wer das Geld so wenig ehrt, verdient keins zu haben; wenn du Dich nicht entschließen kannst, für unser Interesse einzutreten, so werde ich Dich ausschließen von der Teilnahme an unseren Gütern. Ja, Georg, ich habe es gelobt, wenn Du meiner Aufforderung nicht Genüge leistest, dann schließe ich Dich aus von der Erbfolge."

„Um so besser, um so besser für mich, dann brauche ich keine Sorge zu tragen, es denen wiederzugeben, denen es entrissen."

„Bedenke, Georg, eine Million steht Dir in sicherer Aussicht!"

„Eine Million, was ist Dein Gold! Nimm alles, was Du hast und sieh, ob Du mir mit Deinem Golde Elisens goldene Locken kaufen kannst, dann, dann will ich glauben, daß Gold auch glücklich machen kann. Aber Du kannst es nicht, Du kannst mir keine schlaflose Nacht, keine Träne, geschweige denn ein verlornes Leben zurückkaufen. Und Du drohst mir mit Enterbung. Geh, armer Vater, Du bist ärmer wie ich."

„Georg, höre noch ein Wort; ich will von meiner Forderung lassen, versprich mir nur heilig und teuer, keinen Anteil an den Ereignissen zu nehmen."

„Willst Du dasselbe mir versprechen?"

„Ich kann nicht, denn ich gab mein Wort."

„Und so auch ich."

„Willst es also darauf ankommen lassen, daß wir mit den Waffen in der Hand uns entgegenkommen?"

„Es wird zu vermeiden sein."

„Und das ist Dein letztes Wort?"

„Wie es das Deine war."

„Nun wohl, so gehe denn hin in Dein Verderben, doch dieses Dein Vaterhaus ist nicht mehr Dein Vaterhaus."

„So scheint es, denn es war mir schon seit mehr als einem Jahre fremd. Die Welt aber ist größer als das Vaterhaus, hat Raum genug und Gastfreundschaft für alle strebenden Seelen. Der reiche Mann braucht keine Kinder, er braucht nur Erben, und als solche sahst Du uns ja immer an."

„Vorwürfe? von Deiner Seite?" rief Findeisen, finster; „klage Du mich nur der allzu großen Nachsicht an; bedenke, wo Du sein könntest, wenn zuzeiten mein Geldkasten, den Du jetzt so zu verachten scheinst, nicht für Dich offen stand.

Der junge Findeisen zuckte bei diesen Worten zusammen, er ward so bleich, daß selbst der Alte erschrak, dann nahm er schweigend seinen Hut, verbeugte sich vor dem Vater wie vor einem Fremden und verließ das Zimmer.

Findeisen, der Vater, stand einen Augenblick gänzlich verdutzt, schlug dann mit der geballten Faust auf den Tisch und rief:

„Der Teufel hole die ganze Wirtschaft; bin ich soweit gekommen? Und von wem kommt das? Von jenen Volks-

Ferner war den Organisationen der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer folgende Frage vorgelegt worden: „Erscheint es erforderlich und durchführbar über die Dauer der täglichen Arbeitszeit, einschließlich der Nebenarbeiten Vorschriften zu erlassen?" — Trotz der vielen offenkundigen durch die lange Arbeitszeit verschuldeten Erkrankungen des Schiffspersonals sprachen sich 86 Unternehmerorganisationen mit 6011 Mitgliedern gegen jede gesetzliche Regelung der Arbeitszeit aus. Eine Organisation mit 24 Mitgliedern macht keine Angabe, während 31 Organisationen mit 1779 Mitgliedern solche Vorschriften für erforderlich und durchführbar erachten. Von diesen halten 28 die Vorschriften für das ganze Jahr und 3 nur für den Sommer erforderlich. Die Festsetzung einer ununterbrochenen täglichen Mindestruhezeit wird von 6 Organisationen mit 179 Mitgliedern für undurchführbar und im Gegensatz hierzu von 24 Organisationen mit 1561 Mitgliedern für durchführbar erklärt.

Von den Arbeiterorganisationen hielten 76 mit 20 733 Mitgliedern eine Regelung für notwendig und durchführbar, während 12 mit 322 Mitgliedern — wie schon bei der Frage nach der gesundheitlichen Schädigung durch die lange Arbeitszeit — abermals einen entgegengesetzten Standpunkt einnahmen. Diese „Auch-Arbeitervereine" verteilten sich auf die einzelnen Schiffahrtgebiete wie folgt: Rheingebiet 2 Organisationen mit 41 Mitgliedern, Schiffahrtgebiet der Elbe 2 Organisationen mit 64 Mitgliedern, Gebiet der Märkischen Wasserstraßen 3 Organisationen mit 54 Mitgliedern und im Schiffahrtgebiet der Oder und Weichsel 5 Organisationen mit 163 Mitgliedern. Es gilt hier von diesen Arbeiterorganisationen, was schon oben bei der vorhergehenden Frage gesagt wurde, zumal es sich fast ausschließlich um dieselben Personen handelt. Auch die Beantwortung der weiter gestellten Frage über die Durchführung der Sonntagsruhe resp. über Einführung bestimmter Freitage für das Schiffspersonal ist in derselben Weise erfolgt, wie bei den vorstehend geschilderten Fragen. Die erdrückende Mehrheit der Unternehmerorganisationen hält eine Sonntagsruhe für undurchführbar, während auf der andern Seite die Arbeiter mit den genannten wenigen Ausnahmen den entgegengesetzten Standpunkt vertreten. — Recht interessant für die Beurteilung der gesundheitlichen Verhältnisse unter den Schiffern sind die Angaben der Krankenkassen über die Krankheitsfälle der Schiffer und die Dauer der Erkrankung. Die Zahl der Mitglieder in den Krankenkassen betrug in allen 5 Schiffahrtgebieten 15 863; darunter befinden sich 5289 im Alter von 20—30 Jahren. Erkrankt sind 4594 Mitglieder, die Krankheitsdauer beträgt im Durchschnitt 19 Tage. Das ist genau so viel wie der Reichsdurchschnitt beträgt. Die Krankheitsfälle sind mit 29 gegen 43 des Reichsdurchschnitts auf 1000 männliche Mitglieder allerdings nennenswert niedriger. Aber wenn nur körperlich gut entwickelte männliche Personen den Beruf als Schiffer ergreifen können und daß sie ihren Beruf in frischer Luft und bei ausreichender körperlicher Bewegung ausüben — alles Vorteile, die sie dem im staubigen Fabrikraum in sitzender Stellung und einseitiger Körperhaltung Beschäftigten gegenüber besitzen — so erscheint die Erkrankungsziffer zu hoch, sie ist nur aus der zu langen Arbeitszeit zu erklären. — Bedauerlich ist, daß bei den gemachten Erhebungen nicht auch die in der Flößerei beschäftigten Arbeiter erfaßt worden sind. Die für diese Unterlassung angeführten Gründe sind sehr fadenscheiniger Natur. Es heißt hierüber in den Mitteilungen, daß man es unterlassen habe, weil der Flößereibetrieb eine völlig regloser sei, weil die Rückreise der Flößer keine Schiffahrtstätigkeit darstelle und weil im Osten Deutschlands die Floßmannschaft zum Teil aus Ausländern bestehe. Der letzte Einwand ist geradezu verblüffend, denn läßt man ihn gelten, so müßte er auch auf die Lohnverhältnisse ausgedehnt worden sein. Es würde dann festgestellt worden sein, daß die Schiffsmannschaften zu der übermäßig langen Arbeitszeit, zu allen Unannehmlichkeiten ihres Berufs auch noch miserabel entlohnt werden. Dabei würden wir auch bestätigt finden, daß, weil der organisierte Widerstand der Arbeiter gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals fehlt, solche Arbeitsverhältnisse nur möglich sind.

Aus der Partei.

Es wurden Sozialdemokraten gewählt — die Wahl ist ungültig. Die Stadtverordnetenversammlung in Guben erklärte die Wahlen der 3. Abteilung, in der erstmalig vier Sozialdemokraten gewählt worden waren, wegen eines angeblichen Formfehlers für ungültig.

Genosse Molkenbuhr wurde zum 2. Vorsitzenden des Schöneberger Stadtverordneten-Kollegiums gewählt. Die Wahl ist die Konsequenz, der durch die letzte Wahl eingetretenen Parteiverschiebung im Schöneberger Parlament. Die Sozialdemokratie ist jetzt die zweitstärkste Fraktion und hat demnach Anspruch auf diesen Posten.

Aus dem Gerichtssaal.

Wie du mir, so ich dir. Aus Jena wird berichtet: In der Nähe der Ringwiese, des Exerzierplatzes des hiesigen Bataillons, kam es am 22. Oktober 1909 zu einem scharfen Auftritt zwischen einem Oberleutnant und einem landwirtschaftlichen Arbeiter aus Burgau. Der Oberleutnant leitete die Gefechtsübung einer Abteilung Soldaten. Obwohl der Arbeiter dagegen protestierte, wurde die Gefechtsübung auf das von ihm frisch bestellte Feld ausgedehnt. Der Landmann bezeichnete das Eindringen der Soldaten in Privateigentum als „Schweinerei" und rief in seiner Erregung dem Offizier zu: „Sie sind dümmer als ein Bauer!" Darauf geriet der Offizier in Harnisch; er richtete an den Landmann die Aufforderung, seine „Schnauze" zu halten und ließ ihn schließlich von den Soldaten mit Gewalt nach der Kaserne bringen. Wegen des Vorfalls hatte sich bereits der Offizier vor dem Kriegsgericht wegen Freiheitsberaubung und Beleidigung zu verantworten; er erzielte aber seine Freisprechung. Heute wurde nun dem Arbeiter der Prozeß vor dem Schöffengericht gemacht. Während der Amtsanwalt eine Geldstrafe von 75 Mark eventuell 15 Tagen Gefängnis beantragte (!), sprach das Schöffengericht den Arbeiter unter Berücksichtigung der kriegsgerichtlichen Freisprechung des Oberleutnants ebenfalls frei. Das Gericht betonte ausdrücklich, daß es sich um eine auf der Stelle erwiderte Beleidigung handelt; die Beleidigungen sind daher als kompensiert zu erachten. — Das Urteil berührt durch seinen gesunden Menschenverstand wohltuend.

Aus Nah und Fern.

Ein Liebesdrama. In der Nacht zum 4. Januar erschoß in Berlin in einem Hotel in der Dorotheenstadt der 20jährige Ingenieur Sven Kehlet die etwa 22 Jahre alte Frau Margarethe Lesingham, geborene Kallenbach, und darauf sich selbst. Sie waren aus Kopenhagen zugereist und hatten sich als Eheleute ausgegeben.

Infolge einer Lampenexplosion entstand in der Wohnung des Arbeiters Nowacki in Piarkie bei Gnesen ein Feuer. Die beiden allein zurückgelassenen Kinder im Alter von drei und vier Jahren kamen dabei in den Flammen um.

Einbrecher im Regimentsbureau. In Schweidnitz ist in der Nacht zum 23. Dezember in einem Geschäftszimmer des Grenadierregiments Nr. 10 ein Einbruch verübt worden. Entwendet ist eine Anzahl von gedruckten Vorschriften in Buchform und einige Aktenstücke sowie ein Siegel des Regiments. Die Staatsanwaltschaft hat eine Belohnung von 1000 Mk. für Angaben ausgesetzt.

Verbrechen? In der Nähe von Weddersleben (Kreis Aschersleben) wurde in der Bode treibend die entkleidete Leiche eines Mädchens gefunden. Die angeschwollenen Augen und einige blutige Striemen deuten auf ein Verbrechen hin. Die Persönlichkeit der Toten konnte noch nicht ermittelt werden.

Im Streit wegen einer geringfügigen Ursache wurde in Recklinghausen der Berginvalide Andeaczak von zwei Tagelöhnern durch eine große Anzahl von Messerstichen getötet und der Bergmann Koniezny lebensgefährlich verletzt.

Eine Köpenickiade in Hessen. In dem zum Kreise Groß-Gerau gehörigen, etwa 1000 Seelen zählenden Orte Geinsheim wurde am Silvestertage ein Streich verübt, der lebhaft an den Bluff des Hauptmanns von Köpenick erinnert. Gegen 6 Uhr abends erschien ein etwa 25 Jahre alter Mann im Hause des Gemeinde-Einnehmers Friehl und erklärte, in der Oberrechnungskammer zu Darmstadt sei ein anonymer Brief mit der Anzeige eingelaufen, daß in der Geinsheimer Gemeindekasse Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. So leid es ihm tue, er müsse eine Revision der Kasse vornehmen. Zwei andere Herren, Beamte der Oberrechnungskammer, seien mit dem Automobil bereits unterwegs und würden in kurzer Zeit eintreffen. Verblüfft holte der Gemeinde-Einnehmer die Bücher und den Barbestand herbei und zählte das Geld auf. Der „Herr Revisor" prüfte und ließ weitere Belege herbeiholen, um endlich zu erklären: „Na, beruhigen Sie sich, Herr Einnehmer, es ist ja alles in bester Ordnung. Ich will nur einmal bei Schulzes (einer Wirtschaft in der Nähe des Friehlschen Hauses) nachfragen, die Herren müssen jetzt da sein. Wenn sie unterzeichnet haben, ist diese leidige Affäre aus der Welt geschafft." Sprach's und ging, während der Einnehmer noch zitternd über die Schlechtigkeit der anonymen Anzeige nachdachte und auf die Rückkehr des „Herrn Revisors" mit seiner Begleitung wartete. Aber er mußte lange warten, und immer noch kamen keine Beamten. Endlich schöpfte er Verdacht, und als er sein Geld nachzählte, fehlten 500 Mark. Der Gemeinde-Einnehmer war mit seiner Vertrauensseligkeit einem Betrüger zum Opfer gefallen. Der Schwindler hatte, wie auch spätere Feststellungen ergaben, die Oppenheimer Fähre über den Rhein benutzt und war verschwunden. Der geprellte Einnehmer, der nicht einmal eine Legitimation von dem angeblichen Revisor verlangt hatte, wird den Schaden decken müssen.

Schweres Unglück. Aus München wird gemeldet: Einem Motorführer im Schliersee Grubengebiet, der sich aus der Maschine herausbeugte, wurde durch ein von der Lokomotive beim Vorbeifahren an einem Holzpflock zurückgebogenes Stück Blech der Kopf glatt abgeschnitten. Ein anderer Motorführer derselben Grube wurde durch den Auspuff betäubt und bewußtlos auf der Maschine gefunden.

In den Flammen umgekommen. Beim Brande eines Armenhauses in Bern kamen zwei Greisinnen in den Flammen um. Die eine war im Rauch erstickt, die andere wurde beim Hinwegräumen des Schutts als verkohlte Leiche gefunden.

In einem neurastheniſchen Anfall schoß sich in Rom die 18jährige Vera Brusati, die Tochter des Generals Roberto Brusati, dessen Bruder Hugo Flügeladjutant des Königs ist, eine Kugel ins Herz und war sofort tot. Das junge Mädchen litt seit Jahren an schweren melancholischen Anfällen und war öfters in einer Nervenheilanstalt untergebracht.

Ein Verbrechen mit Hilfe der Lebensversicherung. Vor einigen Tagen wurde kurz von einem schweren Verbrechen berichtet, das ein junger Russe begangen hat, um in den Besitz von 100 000 Rubel zu gelangen. In der „Köln. Ztg." finden wir jetzt darüber folgende Darstellung: Ein merkwürdiges Verbrechen, das seine Herkunft aus dem Lande von Dostojewskys „Raskolnikow" nicht verleugnen kann, fand am Dienstag seinen Abschluß und seine Sühne in Paris. Obgleich die französischen Dramatiker, wenn sie krasse Stoffe suchen, mit Vorliebe in das Land des Zaren gehen, hätte doch selbst ein Sardou diese Geschichte nicht so wirksam komponieren können, wie dies hier vom Leben besorgt ist. Der kaum 27jährige Ingenieur Andreas Gillewitsch, der als sehr begabt und intelligent geschildert wird, und der bei Moskau eine Stellung hatte — die ihm, seiner Ansicht nach, nicht genug abwarf — faßte den Entschluß, sich durch ein Verbrechen in den Besitz einer großen Geldsumme zu setzen. Er ging mit einer erstaunlichen Kaltblütigkeit und einer großen Überlegtheit ans Werk. Er ließ bei einer großen Lebensversicherungs-Gesellschaft sein Leben auf die bedeutende Summe von 100 000 Rubel versichern, die er nach seinem Tode durch einen Mitschuldigen, seinen eigenen Bruder Peter Gillewitsch, erheben lassen wollte. Nach seinem Tode — denn Gillewitsch hatte die Absicht, eine Persönlichkeit, die auf Grund einer gewissen Ähnlichkeit als die seinige gelten konnte, durch Mord aus der Welt zu schaffen, die Versicherungssumme durch den Bruder erheben zu lassen und die Früchte seines Verbrechens im Auslande zu genießen. Das war der Plan in seinen großen Umrissen; hören wir, wie er ausgeführt wurde. Gillewitsch, der seine Stellung aufgegeben hatte, und nach Moskau gezogen war, suchte zunächst den unumgänglich notwendigen toten Gillewitsch — das heißt, den betreffenden, den er umbringen wollte, um ihn für sein Ich auszugeben. Er ließ also in den Blättern inserieren, daß er einen Sekretär suche, worauf sich eine Anzahl junger Leute, meist Studenten, meldeten. Einer von diesen, ein gewisser Lebedew, der schon von Gillewitsch auserkoren war, hatte Glück. Er bemerkte, als er einmal bei dem angeblichen Ingenieur war, daß dieser in den Wein und dann in den Kaffee, den er ihm anbot, etwas hineingoß, daß er ihn zu vergiften versuchte, und er verließ schleunigst diesen gefährlichen Brotgeber. Ein anderer, Podlonsky, fiel aber dem Verbrecher zum Opfer. Gillewitsch engagierte ihn, nahm ihn nach Petersburg mit und hier in einer abgelegenen Straße in der Nacht vom 15. auf dem 16. Oktober v. J. ermordete er ihn. Er tat noch mehr; er verstümmelte den Leichnam, indem er Nase, Kinn und Lippen abschnitt, bis zur Unkenntlichkeit; darauf zog er ihm seine eigenen Kleider an, steckte ihm seine Papiere in die Tasche und er selbst bekleidete sich mit dem Anzug Podlonskys. Fortan war er Podlonsky und der Tote Andreas Gillewitsch. Leider vergaß er neben den Kleidern dem Toten auch seine Wäsche anzuziehen, und dies wurde sein Verderben. Das Verbrechen schien anfangs vollständig geglückt. Der falsche Podlonsky begab sich sogleich ins Ausland, sein Bruder erhielt die Versicherungssumme ausgezahlt und alles wäre gut gegangen, wenn nicht die Petersburger Polizei durch den Mangel an Übereinstimmung zwischen der Wäsche und den Kleidern des Toten bald mißtrauisch geworden wäre. Sie setzte den Bruder von Andreas Gillewitsch fest, und dieser erhängte sich einige Wochen später in seiner Zelle, einen Brief hinterlassend, den man ungefähr als Eingeständnis der Schuld auffassen konnte. Nun begann die Jagd der Petersburger Polizei hinter Andreas, den sie durch ganz Europa hetzte, da er sich nirgendwo lange aufhielt und der bald in Reims, bald in Brüssel, bald in Paris gesehen worden war. Die Pariser Behörden nahmen die Verfolgung auf und vor acht Tagen erfuhr man, daß Gillewitsch, der von Brüssel nach Paris zurückgekehrt war, in der Rue de Provence, in einem sehr belebten Stadtviertel, unter dem Namen eines Studenten Victor Marci ein Zimmer gemietet hatte. Unter diesem Namen sollte er auch auf der Filiale der Petersburger internationalen Handelsbank in der Rue Lafitte eine ihm zukommende Summe erheben, und dort war es, wo man ihn fing. Man führte ihn im Automobil zur Polizeidirektion, wo russische und französische Polizisten ein Verhör mit ihm vornahmen und er sich nach einigem Leugnen gezwungen sah zugegeben, daß er Andreas Gillewitsch sei. Eine große Summe in Banknoten wurde noch bei ihm gefunden. Gegen abend und als man ihn ins Gefängnis überführen wollte, bat Gillewitsch mit großer Ruhe, ob man ihm erlauben wollte, daß er sich die Hände wüsche. Einer der Beamten begleitete ihn nach gegebener Erlaubnis in das Kabinett. Aber rasch, ehe jener ihn hindern konnte, hatte Gillewitsch den Inhalt einer Kapsel mit Zyankali verschluckt; er brach zusammen und gab nach einer Viertelstunde seinen Geist auf. Das Verbrechen hatte seine Sühne gefunden.

Todessturz eines Aviatikers. Der Aviatiker Delagrange war gestern nachmittag gegen 3 Uhr mit seinem Monoplan auf dem Flugplatz Croix d'Hins in Bordeaux aufgestiegen. Die Flugmaschine flog glänzend. Bei dem zweiten Versuch erhob sich Delagrange zu einer Höhe von 30 Metern. Er hatte eben die dritte Runde vollendet, als infolge eines heftigen Windstoßes der linke Flügel der Flugmaschine brach und der rechte sich senkte. Der Aeroplan fiel auf den Abhang einer 20 Meter hohen Anhöhe, stieß dabei gegen einen Wagen und Schuppen und stürzte dann zu Boden. Delagrange wurde kopfüber von seinem Sitz geschleudert und blieb sofort tot. Im Gesicht hatte er eine Verletzung über dem linken Auge; aus dem rechten Ohr floß Blut, ein Bein war gebrochen.

Ein humoristisches Polizei-Intermezzo. Ein heiteres Mißverständnis passierte in den Weihnachtstagen der Stuttgarter Polizei. Übernachteten da vom Sonnabend auf Sonntag aus Anlaß der Weihnachtsfeier des Textilarbeiterverbandes zwei Kartenschläger aus Sindelfingen im Gewerkschaftshaus. Das „Kartenschlagen" ist — nebenbei bemerkt — eine Spezialarbeit in der Textilindustrie. Der Stuttgartei Polizei scheint dieser Beruf aber unbekannt zu sein. Morgens kurz vor 9 Uhr erschien im Zimmer der beiden Arbeiter ein Polizeibeamter: „Guten Morgen! Sind Sie die Kartenschläger aus Krefeld?" „Jawohl!" „Zeigen Sie Ihre Papiere?" „Wir haben keine mitgenommen!" „Wo haben Sie die Papiere?" „In Sindelfingen, wo wir in Stellung sind." „Wissen Sie nicht, daß das Kartenschlagen verboten ist?" Verdutzt schauten sich die beiden Arbeiter an. Daß ihr Beruf verboten sei, hatten sie nicht geahnt. Allmählich ging ihnen ein Licht auf. Der Polizeibeamte meinte nicht das Herrichten der Karten für die Weber, sondern — das Prophezeien aus Spielkarten! In stiller Heiterkeit klärten die beiden „Verbrecher" den pflichteifrigen Beamten über seinen Irrtum auf. Auch der Beamte wurde von der Heiterkeit der beiden „Verdächtigen" angesteckt. Sich höflich entschuldigend entfernte er sich. Die beiden Sindelfinger dürften sich der ihnen von der Stuttgarter Polizei bereiteten besonderen „Weihnachtsüberraschung" noch lange erinnern.

---

aufwieglern, Demagogen, Kommunisten, Lumpen und Vagabunden. Nun, Gott Gnade dem, der mir heute in den Weg kommt. Zusammengeschossen muß die Kanaille werden wie die tollen Hunde. Kartätschen in den Leib und Büchsenkolben auf den Schädel, das ist die einzige Manier, diese Bestien im Zaume zu halten. Ich hätte meinen Sohn sollen Offizier werden lassen, da wäre er vor Ansteckung sicher geblieben, könnte mit Anstand sein Geld verzehren. Aber da waren die Herren Liberalen, schrien Zeter und Mordio; im Dienste der Reaktion wollte ich meinen Sohn leben lassen? und was der Vorwürfe mehr waren. Nun haben sie's, nun mögen sie's wieder in Ordnung bringen. Ich denke doch, immer besser Aristokrat als Demokrat? Wohl, die nächsten Tage werdens lehren, was aus dem ganzen Schwindel wird, und dann wird sich manches finden."

Nach dieser teilweisen Beruhigung, eilte der Fabrikant, die weiße Binde anzulegen und das Doppelzündnadelgewehr, — eine sehr, sehr unbequeme und unnötige Verdoppelung — zu ergreifen. Dann begab er sich nach dem Zimmer seiner Tochter, die er mit Aussuchen von Leinwand beschäftigt fand.

„Was machst Du denn da, Hermine?" fragte er erstaunt.

„Ich fürchte, es wird Kampf geben, und wir müssen an die Verwundeten denken."

„Sehr praktisch und klug. Nimm nur nichts Gutes und komm dann nach dem Gesamtministerium, oder ich möchte Dich wohl abholen lassen?"

„O nein, lieber Vater, das ist nicht nötig, ich gehe von ihr zu Helerens, wo wir alles vorbereiten."

„Das ist zu erklären, die Soldaten werden nach der Seite des Militärhospitals und den Kasernen gebracht, in diese Gegend müßt Ihr Euch wenden."

„Und die verwundeten Arbeiter?"

„Mädel, ich hoffe doch, Du willst Dich nicht mit dem Pöbel befassen?"

„Für mich gibt es nur Verwundete; sie werden rechts und links fallen, aber für die Soldaten wird besser gesorgt sein."

„Und Du wolltest verwundete Rebellen unterstützen?"

„Verwundete Rebellen sind verwundete Menschen."

„Nun ja, ich soll mich nun wohl auch noch mit Dir herumstreiten, wie mit Deinem lauberen Bruder? Der Teufel hole die ganze Wirtschaft, sag' ich, noch einmal, aber wartet nur, es soll anders werden, ich will Euch die Hirngespinste schon aus dem Kopfe bringen."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten".

können sich am allerwenigsten daran gewöhnen, im Zeugnis mit seinen Zensuren und seinem Klassenplatz immer nur ein relatives Charakteristikum zu sehen, das abhängt vom Kind und von seinem Lehrer. Absolut kann die Schule gar nicht angeben, was ein Kind leistet; sie will es auch gar nicht. Sie tut nur, was ihr überliefert ist. Nicht zum wenigsten auch, weil die Entfremdung zwischen Schule und Haus so groß geworden ist, daß Zensur, Zeugnis, Klassenplatz die einzigen Verkehrsmittel sind auf diese Entfernung hin.

Viermal im Jahre lassen sich die Eltern ihre Laune verderben. Lassen sich als Weihnachtsgabe jetzt das Zensurenbuch überreichen. Und je nachdem: der Weihnachtsmann meint es gut oder schlecht. Anstatt überall frohes Kinderlachen zu hören, begegnet man verweinten Augen, begegnet man Trauer und Reue um junge Tote, die den letzten Schritt taten, nicht aus Haß gegen die Welt, gegen das Leben. Aber aus Angst vor der Bewertung ihrer Kräfte durch die Eltern auf Grund einer Urkunde, über deren vollkommene Klarheit und Wahrheit niemand entscheiden kann.

Aber sie gilt . . .

. . . nicht allein für die Lehrer, sondern leider auch für die Eltern. Und wird vielleicht noch lange gelten ungeachtet ihrer fast völligen Wertlosigkeit, ungeachtet der Verwirrung unter den Eltern, ungeachtet der Qualen, die für unzählige Kinder dadurch geschaffen sind. Bis man endlich Persönlichkeiten bilden, nicht aber allein eine Beamtenklasse erziehen will. Woran wir genug haben, braucht nicht erst gesagt zu werden. Was wir entbehren, das sind die Willensmenschen, die mit dem eigenen, schöpferisch-schaffenden Ich.

Für unsere Frauen.

Neujahrswunsch.

Das alte Jahr ging zur Neige. Verflogen ist der Festesrausch, der immer wieder alljährlich die Menschheit für kurze Frist einlullt in Friedensgefasel.

Eigentlich sollte das Leben nur Freude und Fest sein, die Arbeit freudiges Schaffen und Genießen, nicht Frondienst, der die besten Lebenskräfte aufsaugt, nicht Kampf um den notdürftigsten Lebensunterhalt! Die gesamte Menschheit hat gleiches Anrecht auf alle Erzeugnisse der Natur und Kultur! Aber, die da gottgewollte Ordnung predigen, sitzen an der gedeckten Tafel und gönnen der Masse, die für sie frondet und ihnen erst die Güter schafft, nicht einmal die Brosamen, die von überfüllter Tafel fallen! In schmachvollster Weise verteuern die Genießer den Ausgebeuteten durch Steuerbelastung den notwendigsten Lebensunterhalt. Aber wehe dem, der an die vollgefüllten Taschen rührt! Aus der Arbeitskraft von Männern, Frauen und Kindern saugen jene ihre Reichtümer, aus der ungeschützten Kraft der Mütter, den Trägerinnen künftiger Lohnsklaven. „Kampf" heißt für die Frauen die Losung des neuen Jahres! Kampf um ihre Menschenrechte! Stetig mehren sich die Scharen derer, die erkennen, daß einzig und allein ein gemeinsam geführter Kampf sie aus der Knechtschaft des Kapitals, aus der Entrechtung als Mensch erheben kann. Aber noch Tausende Indifferente gilt es aufzuklären, Tausende, die bei jeder Jahreswende hoffnungsvoll den Blick zum Himmel richten, von wo ihnen Erlösung kommen soll. Die aufgeklärten Frauen jedoch stehen stolz und mutig zusammen. Ihr Blick hat sich geschärft für die geschichtliche Entwickelung ihrer Lage, sie wissen, daß nur aus den eigenen Reihen des Proletariats, aus gemeinsamem Kampfe Erlösung aus Knechtschaft kommen kann. Soeben sehen wir einen imposanten Kampf jenseits des Ozeans: 40 000 streikende Blusenmacherinnen in Newyork. In kurzer Zeit stieg die Zahl der Organisierten um Tausende. Überall, wohin wir den Blick senden, kämpfen die Frauen einen schweren Kampf mit ihren Ausbeutern. Winzig sind die Konzessionen, die man ihnen bisher hier und dort machte. In Preußen-Deutschland jedoch sind die Reaktionäre, sind die Scharfmacher wieder eifrig an der Arbeit. Rastlos und unentwegt müssen die aufgeklärten Frauen im Kampfe stehen, die Stumpfsinnigen aufrütteln, die Zagenden mit Mut erfüllen. Kampf um Menschenrechte, Kampf um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht! das sei die Parole; Erfolg im Kampf, das ist unser Neujahrswunsch!

Der englische Wahlkampf und die Frauen.

Die Adult Suffrage Society (Vereinigung für das Wahlrecht aller Großjährigen) beabsichtigt, allen Kandidaten der Liberalen und der Arbeiter folgenden Beschluß zur Wahlpolitik vorzulegen:

„Die Taktik der Adult Suffrage Society bei allgemeinen oder Ergänzungswahlen wird in der Unterstützung ausschließlich solcher Kandidaten bestehen, die sich verpflichten, für eine Wahlreform zu wirken und zu stimmen, die auf dem Nachweis eines dreimonatigen Aufenthaltes an einem Orte basiert; sie müssen sich ferner verpflichten, keine auf den Nachweis des Besitzes gegründete Wahlreform zu unterstützen."

Unsere Genossinnen wollen ferner aufklärend und warnend an die Wähler herantreten, die von der National Suffrage Society (Nationale Stimmrechts-Vereinigung) zugunsten des beschränkten Wahlrechts bearbeitet werden. Nicht weniger als 100 000 Mark wollen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen der Agitation für dieses im Grunde reaktionäre Ziel widmen. Das spornt die Adult Suffrage Society zu den größten Anstrengungen an, um die Anhänger der Limited Bill zu bekämpfen. Abend für Abend werden Versammlungen zugunsten des allgemeinen Wahlrechts abgehalten. Wo immer den Massen der undemokratische Charakter des geltenden Stimmrechts klargemacht wird, findet auch die Resolution der A. S. S. Annahme. Sie wird dem Premierminister übersandt, um ihn daran zu erinnern, daß das Volk aufmerksam den Kampf zwischen den Klassen verfolgt, der auf der einen Seite für eine Vermehrung der politischen Macht und der Rechte des Besitzes, auf der anderen Seite für eine wahrhaft demokratische Ausdehnung des Wahlrechts geführt wird.

Aus den Witzblättern.

Achtuhrladenschluß. „Ich bin für den Achtuhrladenschluß!" sagte der Student, als er morgens um acht Uhr den Fensterladen schloß, um seinen Rausch auszuschlafen.

Widerspruch. Gast (zur Kellnerin, die ihm die Speisekarte vorgelegt): „Essen tu ich nicht, ich hab' mir selber was mitgebracht."

Variante. „Unser Meyer, der Lebemann und Schuldenmacher, ist in der letzten Zeit recht zusammengefallen!" — „Ja; die reinste **Vor**gruine!"

Kritik. Wirt: „Der Braten schmeckt Ihnen wohl? Sie essen ja wie ein Scheunendrescher!" — Gast: „Ja, ich habe einen Appetit, der einer bessern Sache würdig wäre!"

Pfiffig. A.: „Warum zahlst du denn dem Kellner zwei Glas mehr, als du getrunken hast?" — B.: „Die trink' ich morgen; da ist nämlich meine Alte dabei und die paßt beim Zahlen immer so auf!"

Das boshafte Dienstmädchen. Dame: „Sie haben schon wieder meine Lackschuhe angehabt, Minna!" — Dienstmädchen: „Ach, Pardon, gnädige Frau, ich verwechsele sie in der Eile immer mit meinen Gummischuhen!"

Aus Schwaben. Fräulein: „Komisch, daß Sie statt „ist" immer „ischt" sagen!" — Wirt: „Ha no — wie wöllat Sie denn unterscheide, ob jemand eine Gans „ißt" oder „ischt"?"

Stoßseufzer. Alte Jungfer: „So viele Herren haben früher meinetwegen mit Mama sprechen wollen, aber sie hat keinen zu Wort kommen lassen!"

Erkannt. Vater: „Wo hörst Du römisches Recht?" Studio: „Beim Professor Hof—Hof—" Vater: „Na ja, Hofbräuhaus!"

Lakonisch. „Wie hat es Ihnen bei dem The dansant gefallen?" „Schlecht; Tee zu dünn „Damen zu dick!"

(Aus „Meggendorfer-Blätter".)

Poesie und Prosa. Sie: „Nein, diese herrliche alte Dogenstadt! Himmel und Meer — blau, blau und kein Ende!" — Er: „Das einzige Blaue, das hier bald ein Ende hat, sind die blauen Lappen!"

Fröhliche Jagd. „Diesmal bin ich um meinen Eichenbruch gekommen. So geht's, im Vorjahre am Hubertus hatte ich zwei!" — „Wieso zwei?" — „Einen Eichenbruch und einen Schlüsselbeinbruch!"

Zerstreut. Professor: „Also Sie sind der Mann, dem ich vor drei Jahren den Magen operierte; ich wollte mich schon immer mal nach Ihnen erkundigen, — sind Sie denn damals am Leben geblieben?"

(Aus „Lustige Blätter".)

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Wöchentliches
Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Nr. 1. Mittwoch, den 5. Januar 1910.

Lebensskizzen.

Der Lehrling.

Ein grauer, nebelfeuchter Spätherbsttag.

Ich steige von der Stadtbahn aus und suche mein Ziel, das Volksheim, auf kürzestem Wege zu erreichen.

„Bitte, wissen Sie nicht, welcher Weg am raschesten zum Volksheim führt?" fragte ich ein halbwüchsiges Bürschchen, das gerade an mir vorübereilen will; der Junge zügelt seinen Schritt, legt artig grüßend die Finger an die abgetragene, aber saubere Mütze und ich blicke überrascht in zwei außerordentlich kluge, sprühende Augen.

„Wenn Sie nichts dagegen haben — mein Weg führt mich ohnehin am Volksheim vorbei — ich werde Sie führen!" klingt es mit sympathischem Tonfall der Stimme.

„Ich bin gern einverstanden . . . aber haben Sie auch Zeit? Sie sind gewiß Gymnasiast und . . ."

„O nein, ich bin Lehrling!" klingt es selbstbewußt zurück, „jetzt ist es Feierabend . . . da kann ich über meine Zeit frei verfügen!"

„Wie verwenden Sie Ihre freie Zeit?"

„Ich lerne — ich besuche das Volksheim!" fügt er erläuternd hinzu.

„Welche Lehrgegenstände interessieren Sie zumeist?"

„Weltgeschichte . . . Rechtswissenschaft . . . Physik . . ."

Ich beginne ernst zu werden.

„Ja, Sie haben es gut," versuche ich nach einer Pause das Gespräch wieder anzuknüpfen, „Sie wohnen gewiß in der Nähe des Volksheims, während ich, wenn ich das Volksheim besuchen will, schon eine weite Reise — vom zweiten Bezirk aus — unternehmen muß!

„Wir werden mit der Zeit in allen Bezirken Volksheime besitzen!" klingt es zuversichtlich.

„Das wird noch eine gute Weile dauern!" wende ich ein.

„Aber erreichen werden wir es gewiß!" klingt es noch bestimmter.

„Mit welchen Mitteln?"

„Das weiß ich nicht . . . . aber wir brauchen in jedem Bezirk ein Volksheim . . . und weil wir es brauchen, werden wir es auch erreichen!"

Wir sind inzwischen beim Volksheim angelangt; mein Begleiter legt abermals grüßend die Hand an die Mütze und zieht ruhigen, sicheren Schrittes seines Weges weiter.

Ich blickte ihm lange, lange nach . . .

Und merkwürdig — anstatt daß sich die Gestalt mit zunehmender Entfernung verkleinert, wird sie immer größer und größer . . sie wächst ins Riesenhafte . . ins Maßlose . . der Lehrling reicht zum Himmel hinan . . er überwindet Zeiten und Räume . . . er stürzt alte, morsche Welten . . . und schon sehe ich, wie er mit starker, mutiger Hand neue Welten aufbaut . . . weil wir sie brauchen und wie wir sie brauchen . . .

Die Aspirantin.

„Der Herr Direktor läßt bitten!"

Ein elegant livrierter Diener öffnet mit einem halb mitleidigen, halb herablassenden Lächeln die Tür und Martha steht vor dem Generaldirektor der X . . . bank, der in den nächsten fünf Minuten für sie das Schicksal bedeuten kann.

„Womit kann ich dienen?" fragt der Generaldirektor und es klingt so kühl und so trocken; man merkt es der Stimme ordentlich an, daß sie ihren Weg nicht durch ein warmes Menschenherz genommen, sondern sich erst mühsam aus einem Wust verstaubter Akten hatte hervorarbeiten müssen . . .

„Mich schickt Herr Kommerzienrat Y . . . , ob es nicht möglich wäre, hier eine Stelle als Beamtin zu erlangen und . . ." — plötzlich versagt ihre Stimme — ein Würgen und Pressen im Halse — ja was ist denn das nur? — sie kann trotz aller Anstrengung den Satz nicht beenden — und auf einmal wird es ihr klar: es ist ja garnicht sie selbst, die hier steht — es ist ein ganz fremdes Wesen; es ist das Leid, das sie all die Zeit unterdrückt — tapfer, oder so ähnlich heißt man das wohl und im Grunde genommen ist es gar keine Tapferkeit, es ist nur eine Notwendigkeit — es ist das Leid, das sie nicht zu Worte kommen lassen wollte und das nun auf einmal alle künstlichen Dämme durchbrochen und hier, gerade hier vor dem Generaldirektor, der in den nächsten fünf Minuten ihr Schicksal bedeuten konnte, sich ausweinen und austoben mußte . . .

„Vater ist seit einem Jahre tot" — sie ringt mühsam nach Atem und versucht ihrer Stimme Festigkeit zu geben —, „Mutter schon lange gelähmt, die karge Pension reicht nicht, um meinen jüngeren Bruder, der außerordentlich talentiert ist, studieren zu lassen . . . und so möchte ich . . ."

„Hm, die Details interessieren mich nicht!" erklingt die staubige Aktenstimme. „Zudem ist jetzt keine Stelle vakant; im übrigen, Sie sprachen von Kommerzienrat Y . . . Wissen Sie aber auch, daß dieser Herr nicht mehr Verwaltungsrat unserer Bank ist?"

„Nein, das weiß ich nicht; aber ich habe noch eine zweite schriftliche Empfehlung" — sie sucht in ihrem Täschchen — „hier, vom Sektionschef im Handelsministerium, Baron Z . . . "

Respektvoll übernimmt der Herr Generaldirektor die mit wenigen Zeilen beschriebene Visitkarte und versenkt sich in den Inhalt derselben.

„Hm! — die Stimme klingt jetzt etwas weniger verstaubt — „das hätten sie eben gleich sagen sollen . . . Der Herr Sektionschef schreibt, daß Ihr Vater seit einem Jahre tot — Mutter gelähmt — hm, hm, armes Kind, das ändert natürlich die Sachlage — nur Fassung — werden schon trachten . . . Hm, fällt mir soeben ein, daß der Chef der . . . Abteilung schon längst die Einstellung einer neuen Arbeitskraft verlangt . . . . Also sagen wir am ersten nächsten Monats, das wäre übermorgen, können Sie Ihre Stelle antreten!

Nicht danken, nicht danken, es ist gern geschehen — vergessen Sie nicht, es dem Herrn Sektionschef auszurichten!

Adieu, adieu, mein Kind!"

Tante Pauline.

Ich nenne sie „Tante Pauline", obwohl ich in keinem Verwandtschaftsgrad zu ihr stehe.

Wie sollt' ich sie auch anders nennen?

Sie ist die letzte ihres Hauses, sie hat Vater, Mutter, Brüder, Schwestern zu Grabe getragen, nun steht sie ganz allein da.

Der Rücken gekrümmt von der Last seiner siebzig Jahre das von schneeweißen Haaren umrahmte Haupt mit den grundgütigen Augen frei und aufrecht; und sie hat ein Anrecht darauf, das Haupt frei und aufrecht zu tragen, denn sie hat durch siebzig Jahre Leben und siebzig Jahre Leiden ihr Menschentum frei und aufrecht zu erhalten gewußt.

Ich pflege sie nicht oft zu besuchen, die Tante Pauline. Es quält mich immer wieder, diese welken Hände, diese müden, siebzigjährigen Augen noch emsig arbeiten sehen zu müssen.

Tante Pauline flickt — flickt — flickt.

Um kargen Lohn.

Einmal packte mich so ein würgender, pressender Zorn — ich konnte nicht anders — ich mußte fragen:

„Tante Pauline, warum hast du dich gegen dein Schicksal nicht gewehrt?"

„Warum? . . . Warum?"

„Warum hast du dich ergeben?"

Tante Pauline läßt die Stickerei müde in den Schoß sinken und in ihren alten Augen flackert es seltsam auf.

„Jede Zeit hat ihre Leiden," murmelt sie mit einer Stimme, die so fern wie ein Jahrhundert klingt, „jede Generation hat ihre Aufgaben; ich trage die Leiden meiner Zeit, nachdem ich die Aufgaben meiner Generation erfüllt . . . und" — Tante Paulinens Gestalt richtet sich auf einmal kerzengerade empor — „erfüll' du die deinen!"

Nun wußt' ich es: auch Tante Pauline war eine Kämpferin, nur war die Fülle der Zeiten noch nicht gekommen.

Das Herbstbukett.

Ein müder Herbstwind seufzt durch die halbkahlen Alleen . . . Sterben . . . Sterben . . .

Meine Füße waten durch dürre, fahle Blätter; dürre, fahle Blätter, die ich gekannt, als sie noch maiengrün und frühlingsfrisch hoch oben von den Wipfeln leuchteten.

Rings gelb-rot-braune Farben.

Boten nahenden Todes.

Die Sonne blickt vom Firmament mit müdem, blassem Gesicht; kraftlos, machtlos, eine entthronte Scheinherrscherin.

Sie kann das Hoffnungsgrün, das sie ans Licht gelockt, nicht vor dem Vergehen schützen. Und doch muß sie, einem urewigen Willen gehorchend, in anderen Zonen dasselbe Spiel von vorn anfangen.

Rastlos . . . immerfort.

Werden . . . Vergehen . . .

Ich schreite weiter durch welkes, raschelndes Laub . . ich füge Blatt zu Blatt.

Gelb . . . rot . . . braun . . . die Farben nahenden Todes.

„Ein Herbstbukett! Ein Herbstbukett!" jauchzen die Kinder . . . . Die Kinder, die alles besser wissen — deren Weisheit beginnt, wo die unsere aufhört — sollten sie auch diesmal die Weiseren sein?

Ein Feenmärchen.

Am Bette eines schwerkranken jungen Proletariers saßen zwei freundliche Feen und beratschlagten, wie dem Leidenden zu helfen sei; die eine Fee hielt seine fieberheißen Hände in den ihren und versuchte es, sie durch sanftes Streichen zu beruhigen, während die zweite Fee ihre schlanken, kühlen Finger an seine glühende Stirn liebkosend preßte.

Doch alles Mühen blieb fruchtlos; der Kranke warf sich ruhelos auf seinem ärmlichen Lager umher und stöhnte ab und zu qualvoll auf: „Schlafen, schlafen, ach schlafen können!"

Und die beiden Feen blickten einander traurig in schweigendem, ohnmächtigem Mitleiden an.

Endlich brach die erste Fee — die Fee der Erinnerung — das dumpflastende Schweigen.

„Wir wollen es versuchen, den Kranken in einen traumgoldenen Schleier der Erinnerung zu hüllen!" sagte sie und zog ein dünnes, weißes Heftchen aus ihrer Tasche, in dem sie aufmerksam zu blättern begann. „Vielleicht daß er träumend Schlaf und im Schlafe Linderung findet!"

Die zweite Fee — die Fee der Träume — nickte zustimmend:

„Tauchen wir vielleicht in seine entfernteste Kindheit zurück," meinte sie, „rufen wir ihm das Bild der Mutter in Erinnerung; die Liebe einer Mutter vermag vieles, auch übers Grab hinaus!"

„Der Kranke hat seine Mutter nie gekannt," flüsterte die erste Fee nach einigem Blättern im weißen Heftchen; „er ist ein Findelkind."

„Dann blättern wir in seinen Schuljahren nach!"

„Auch hier keine freundlich-tröstenden Erinnerungen: Hunger . . . nackte Kinderfüße im Schnee . . . ."

„Vielleicht die Lehrjahre!"

„In der Rubrik „Lehrjahre" steht nur eingetragen: Selbstmordversuch . . . . ein harter Meister, eine lieblose Meisterin, die das Kind ausnützten, schlugen und hungern ließen . . . ."

Und die beiden Feen blickten einander ratlos seufzend in sekundenlangem Schweigen an.

Endlich raffte sich die Fee der Träume auf: „Versuchen wir es mit den Träumen . . . vielleicht lebt in der Brust des Kranken irgend ein heimlicher Königstraum!"

Und die Fee der Erinnerung begann wieder mit neuem Mute im dünnen weißen Heftchen zu suchen.

Sie las und las und in ihre Augen stahl sich ein seltsamer Glanz, ein Verwundern: „Er träumt! Er träumt" rief sie jubelnd. „Er träumt einen herrlichen Traum . . . von Menschenverbrüderung . . . von Weltenbefreiung . . von einem lichtdurchglühten und duftumrauschten Völkerfrühling! . . . ."

„Dann ist er nicht verloren!" jauchzte die Fee der Träume. „Wir wollen ihm zuflüstern, daß sein Traum Tat werden soll, doch starker, gläubiger Kämpfer bedarf, und er wird genesen!"

Und die beiden Feen beugten sich zum Bette des Kranken herab und flüsterten ihm sanfte, leise, seltsame Worte ins Ohr.

Über die Züge des blassen Jünglings huschte es wie Frühlingsahnen; die Glieder reckten und streckten sich, das fiebernde Haupt sank in die Kissen zurück und die Lippen umspielte ein glückliches Traumlächeln, das allmählich in Schlaf und Genesung überging.

Bunte Steinchen.

Durch den herbstlich träumenden Buchenwald schritt das Märchen und blickte mit braunen, feucht-schimmernden Rehaugen um sich; es hatte an den bloßen Füßen goldene Sandalen und den nackten Körper umflutete kein anderes Gewand als ein Wellengeringel blondgoldigen Haares. In der Hand trug es ein Körbchen aus grünen Tannenzweiglein geflochten, in dem allerlei bunte Steinchen lagen, und ließ ab und zu mit einem glockenklaren Stimmchen durch den stillen Wald den Ruf ertönen: „Bunte Steinchen! Wer mag bunte Steinchen haben?"

Da kamen zwei kleine Mädchen vorbeigetrippelt und schielten neugierig nach Märchens Körbchen hin. Schon wollten sie zujubelnd mit den Händchen nach den bunten Steinchen greifen, als aus dem Gebüsch eine hübsche, doch etwas zu dicke Frau — es war die Mama der Kleinen — atemlos hervorstürzte, die beiden Mädchen faßte und sich mit ihnen — nicht ohne Märchen vorher mit einem feindseligen, entrüsteten Blicke gemessen zu haben — eiligen Schrittes entfernte . . .

Märchen hörte noch ganz deutlich, wie die Frau den Kindern warnend-vorwurfsvoll zuflüsterte:

„Wie konntet ihr euch auch nur mit einem Mädchen, das nackt im Walde herumläuft, einlassen? Weiß man's denn? . . . ."

Das übrige verrauschte im Herbstwind.

Märchen schüttelte sich vor Lachen, daß das blondgoldige Haar weit umherflatterte, am moosigen Waldboden und an den Ästen und Hecken hängen blieb, so daß der ganze Buchenwald wie von goldenen Flammen durchglüht aufleuchtete und ließ wieder den Ruf ertönen: „Bunte Steinchen! Wer mag bunte Steinchen haben?"

Da ging gerade ein Hofmeister mit einem kleinen Knaben an der Hand durch den Wald spazieren und hielt ihm einen Vortrag über die verschiedenen Gesteinsarten; als er an Märchen vorbeikam, blieb er stehen, streifte die feinen Glacéhandschuhe ab, entnahm dem Tannenkörbchen einige Steinchen, beguckte sie durch das Augenglas von allen Seiten, ließ sie wieder ins Körbchen zurückgleiten und erklärte — seinen Vortrag fortsetzend — dem Kinde: „Das da sind bunte Kieselsteine, die keinen weiteren Wert besitzen!" Und der kleine Knabe rümpfte verächtlich das Näschen, würdigte die bunten Steinchen keines Blickes mehr und ließ sich vom Hofmeister artig weiter führen.

Und Märchen hörte noch, wie der Knabe im Weitergehen zum Hofmeister sagte: „Diese Kieselsteinchen haben auch gar nicht fein ausgeschaut . . . . aber ich weiß etwas: zu Weihnachten erbitte ich mir von Papa einen Ring mit einem echten Edelstein, der recht, recht viel Geld kosten muß . . . ."

Die Antwort des Hofmeisters verrauschte im Herbstwind.

Märchen schüttelte sich vor Lachen, daß das blondgoldige Haar weit umherflatterte, am moosigen Waldboden und an den Ästen und Hecken hängen blieb, so daß der ganze Buchenwald wie von goldenen Flammen durchglüht aufleuchtete, und ließ abermals den Ruf ertönen: „Bunte Steinchen! . . . Wer mag bunte Steinchen haben?"

Da kam des Waldhüters jüngster Bub bloßfüßig durch den Wald gesprungen und blickte unternehmungslustig aus zwei beherzten, quellfrischen Äuglein um sich; staunend blieb er vor Märchens bunten Schätzen stehen, stopfte sich, als Märchen zustimmend nickte, beide Hosentaschen voll, zog hierauf ein hartes Stück Brot aus dem Hemde, brach es in zwei möglichst gleiche Teile und meinte, Märchen gutmütig-dankbar anlächelnd: „Magst die Hälfte meines Mittagbrotes . . . zum Lohne für die schönen Steinchen . . . gelt?"

In Märchens rehbraunen Augen schimmerte es feucht auf — einige Perlen tropften herunter, daß der ganze Buchenwald wie ein Kristallhaus erglänzte; es dankte und verschwand lautlos im Walde.

Engelhart — so hieß das Waldhüterkind — aber trabte munter durch den Wald, bis er zu einer verborgen im Waldesdunkel sprudelnden Quelle kam; dort ließ er sich gemächlich nieder, verzehrte sein Brot, löschte am Waldquell seinen Durst, indem er beide Händchen abwechselnd als Becher benützte, und machte sich dann vergnügt daran, aus den bunten Steinchen einen Bau aufzuführen.

Doch welche Überraschung! Als der Wunderbau vollendet war, erschien plötzlich Märchen am Eingangstor desselben und winkte Engelhart zu sich heran; das Kind folgte und hinter ihm schloß sich das Tor der Kindheit.

Märchen ergriff seine Hand und flüsterte: „Nun will ich dir die bunten Steinchen zeigen, aus denen sich die Welt zusammensetzt!" Und Engelhart fühlte sich wie von außerirdischen Kräften in die Höhe gehoben und sauste mit Märchen Hand in Hand durch den Weltenraum dahin.

„Was siehst du dort unten?" fragte Märchen nach einer Weile.

Engelhart blickte um sich und seine Augen wurden immer größer und größer und ein schmerzliches Verwundern stahl sich in seinen Blick hinein.

„Ich sehe nichts als Zuckungen . . . eine Welt in Fieberzuckungen!"

Und Märchen küßte seine Stirn und flüsterte:

„Du siehst! . . . Du hast die erste Reife erlangt!"

Und sie sausten weiter durch den Weltenraum und nahmen ihren Weg durch finstere, von lebenmordenden Gasen erfüllte Bergwerke — durch qualmendheiße Fabriken — durch dumpfe, nasse Keller — durch dunkle, staubige Bureaus — durch enge, nebelfeuchte Erdhütten — und überall — überall: Menschen in Ketten.

„Was siehst du?" fragte Märchen.

„Menschen in Not!" flüsterte Engelhart und aus seinem Auge tropfte eine Träne.

Und sie flogen weiter und weiter — durch schimmernde Ballsäle — durch meerumrauschte Marmorpaläste — vorbei an funkelnden Thronen — und auch dort: Menschen in Ketten.

„Was siehst du?" fragte Märchen.

„Menschen in Not!" flüsterte Engelhart und aus seinem Auge tropfte abermals eine Träne.

Und Märchen küßte seine Stirn und sprach:

„Du fühlst! . . . Du hast die zweite Reife erlangt!"

Und sie sausten weiter und weiter durch den Weltenraum, bis sie in einen schönen, weiten Wald kamen, dessen Grenzen sich bis zur Unendlichkeit hinzudehnen schienen. In einer Lichtung des Waldes — im Hintergrund von herrlichen, himmelhochragenden Tannen umgrenzt — stand ein reichgeschnitzter, mit Edelsteinen übersäter Thron, an den eine Frau mit feinen goldenen Ketten, die von wunderbarer Goldschmiedekunst zeugten, gefesselt war; die Lippen von leiser Wehmut umflossen, doch das Auge, ein seltsames Gemisch von Güte und Kraft, voll Siegeszuversicht in die Ferne gerichtet.

Zu Füßen des Thrones saß ein blinder Schmied: der Künstler, der den wunderbaren Thron und die feinen goldenen Ketten geschaffen . . .

„Was siehst du?" fragte Märchen.

„Die Freiheit!" flüsterte Engelhart und in seinen Augen lohte eine dunkle Flamme auf.

„Von der Blindheit gefesselt!" ergänzte Märchen.

„Ich will ihre Ketten brechen!" rief Engelhart und seine Stimme rollte durch den Weltenraum dahin wie der Donner Gottes . . .

Und Märchen küßte seine Stirn und jubelte.

„Du willst! . . . Nun hast du die dritte und letzte Reife erlangt: Tritt hinaus ins Leben . . . An der Schwelle des Lebens harrt der Sieg, den Sehenden, Fühlenden, Wollenden festlich zu bekränzen!"

José Friedmann
in der „Wiener Arbeiter-Ztg."

Über Zensuren und Klassenplätze

veröffentlicht im zweiten Dezemberheft der illustrierten Halbmonatsschrift „Nord und Süd" Dr. Karl Wilker folgende nachdenkliche Plauderei:

Eltern pflegen viel Wert darauf zu legen. Und die Kinder selbst noch mehr, eben um der lieben Eltern willen; aus Furcht vor Strafe, vor dem Ausbleiben des Weihnachtsmannes, vor Herabsetzung des Taschengeldes, vor dem, was die Eltern für Erziehungsfaktoren aufzustellen belieben. Diese kleinen menschlichen Grausamkeiten werden groß in der Kindesseele, diesem geheimnisvollen Hin- und Herweben. Weshalb wir sie nicht klein nennen sollten? So groß, daß sie töten: in meiner gestrigen Zeitung (ich schreibe diese Betrachtung als eine Weihnachtsepistel an einem letzten stürmischen Novembertag) finde ich drei Schülerselbstmorde — zwei Knaben und ein Mädchen — vermerkt, und bei allen: aus Furcht vor Strafe wegen schlechter Schulleistungen. Und weiß genau, daß ich noch viele solche Fälle erleben muß.

Zensuren, Zeugnisse, Klassenplätze! Für die Eltern ein Charakteristikum der Leistungsfähigkeit ihres Kindes und seiner Position und den gleichaltrigen Gefährten. Unentschuldbar zuverlässig natürlich! Und doch in Wahrheit nur ein Relatives.

Man kann da sonderbare Dinge erleben: Namen unserer Größten aufzuzählen, die in der Schule die schlechtesten waren, will mir müßig erscheinen. Sie fügten sich eben nicht in dieses Erziehungssystem, daß auf geistigem Gebiete durchaus kommunistischen Prinzipien zugeneigt ist. Aus Gründen der Bequemlichkeit, der Einfachheit: denn die genialen Individuen sind schwer zu erziehen, weil sie ihre eigenen Pfade gehen, die oft sehr erheblich von dem ausgetretenen Weg der Allzu-Vielen abweichen; von diesem Weg, in dem jedes Steinchen sorgfältig aufgehoben ist. Dazu kommt ein gewisses staatliches Interesse, das zugunsten einer kommunistischen Persönlichkeits- (oder besser Unpersönlichkeits-) Erziehung spricht: die Schule will — und soll — dem Staate treue Beamte erziehen. Und die müssen, wenn sie halt taugen sollen, schon nach einem Schema erzogen, geformt, lieferbar sein. Sie müssen nach ihren wahrnehmbaren Leistungen, das ist nach dem Gedächtnis-, nicht nach dem Denk-Vermögen, gruppiert werden und nach der Eifrigkeit, dem Fleiß, auch dem Betragen in der Schule. Was alles nur und allein für die Schule sein kann, nicht fürs Leben.

Die für ihr Leben arbeiten, die in sich Kräfte fühlen, die leiden in den Jahren der Jugend. Sie sind die Eigenmenschen, für die dann die unterste Klassenbank reserviert bleibt. Wenn nicht . . .

Dieses „Wenn nicht" ist das wichtige Moment, das hypothetische Moment, besser noch das irreale, das der Realisierung harrende!

. . . Wenn nicht der Lehrer eine starke Persönlichkeit, ein feiner Psychologe ist, eine Ausnahmenatur (deren es immerhin einige gibt); ein Lehrer, der die individuelle Eigenkraft eines Zöglings zu erkennen, zu beurteilen, zu werten weiß. Und zu schätzen.

Das sind die, welche nicht krampfhafte Ziffern in ihr Notizbuch malen, oder um das Geheimnis, ihr Geheimnis noch tiefer vor den neugierigen Kindern zu wahren, Hieroglyphen oder derlei, das zu erfinden sie eine Lust an der Qual der bewerteten Zöglinge treibt; wir haben gelitten darunter, krampfhaft gezittert vor diesen Hieroglyphen, die uns erst ein glücklicher Fund (der uns freilich nicht ungefährlich ward!) entziffern ließ. Das sind die, welche nicht Ströme von roter Tinte fließen lassen, um jedem Heft das Gepräge einer vorzüglichen Korrektur vor der hohen Obrigkeit zu verleihen; die ruhig einen Fehler übersehen, die jede Arbeit beurteilen nach dem, der sie schuf, nach seinem Arbeits- und Leistungsvermögen.

Diese seltenen Lehrer scheuen sich vor dem Zensieren nach dem hergebrachten absoluten Maßstab, vor dem Rangverleihen nach der absoluten Zahlenfolge. Sie rechnen nicht die Durchschnittsnote auf Grund der Durchschnittsfehlerzahl aus und weiter nicht den Klassenplatz nach der Valenz der Fachnoten, diesem schwierigen Berechnungssystem, in dem ganz einseitig die Sprachen hoch bewertet werden, während das naturwissenschaftlich-mathematische Wissensgebiet sowie technischen Fertigkeiten mit der viel niederen Valenz fürlieb nehmen müssen.

Sie wissen — was viele Eltern erst noch lernen müssen —, wie falsch es ist, auf diese Weise den Ehrgeiz anzustacheln; wie gerade die sensiblen (und das sind gewöhnlich auch die körperlich zarten) Kinder darunter zugrunde gehen müssen. Vor allem unter den Mädchen. Freilich: diese Ehrgeizanstachelung entspricht ja der historischen Tradition! Der selige Quintilianus legte vor 1800 Jahren großen Wert darauf. Die Jesuitenpädagogik hat das System auf die Spitze getrieben. Und der Philanthropismus, den wir darin so gern verurteilen, hat es mit seinen Verdienstkarten für Fleiß und Ordnung, mit seinen Meritentafeln der fünfzigmal Belobten auch nicht viel schlimmer gemacht als wir mit unseren Zeugnissen. Daß sie einmal aufgegeben werden sollten, scheint nicht so nach dem Gifer, den das preußisch-deutsche Kultusministerium im vergehenden Jahre auf dem Gebiete historischer Forschung, soll sagen im Ausfindigmachen hundertjähriger Akten und Erlasse (die leider nicht verführen!) betätigt hat. Aber schließlich kann die neue Ära ja anders denken!

Was dadurch in die Schule getragen ist? Eine wahre Rennwut. Zensur, Zeugnis, Klassenplatz — Zuruf aus dem Publikum, Preisverteilung, erster, zweiter, dritter . . . Sieger. Eigene Wege gibt es nicht, wenn man nicht Letzter werden will, oder gar ein Überzähliger. Die vorgeschriebene Rennbahn . . . Nun kann das Rennen beginnen! Die Weihnachtszensur ist da. Das Training der drei ersten Vierteljahre ist gewesen. He, hup! He, he, hup! Und zu Ostern wird man die Siege vernehmen.

Und wie der geschlagene Jockei nachher die Mähne seines Herrn zu erdulden hat, so das Kind die seiner Lehrer und — was es mehr, tiefer quält — die der Eltern. Denn zu